



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

30.06.1932 (Nr. 139)

LNZ

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle: Papenstraße 15. Redaktion: Langenstraße 48. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 18 bis 19 Uhr. — Fernspr. Domsh. 25878.

Die LNZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 30 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Ausperrung ufw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: fliegende die 10 gespaltenen mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Textteil RM 0.50, auswärts RM 0.70 Stellengeluche RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.00. Platzvorchriften ohne Verbindlichkeit.

Einzelpreis 15 Pfennig

Donnerstag, 30. Juni 1932 • Nummer 139

Massenwahl- kundgebung

morgen Freitag, 20.30 Uhr

im Kaffee Flora Gröpelingen

es spricht Pg. Studentkomski M. d. L., Leipzig

Vorstoß gegen Versailles

Eine deutsche amtliche Mitteilung über Lausanne

Lausanne, 29. Juni. Amtlich wird von deutscher Seite heute früh folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

„Die Darstellung, die die französische Presse über die getragenen Verhandlungen der französischen, britischen und deutschen Delegation gibt, ist kreuzfalsch. Der tatsächliche Sachverhalt ist der folgende: Schon in seiner ersten Rede in der Plenarsitzung hat der Reichsführer betont, daß es im Interesse der Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen unmöglich sei, mit dem System der Reparationen Schluß zu machen und daß aus denselben Gründen eine wie immer geartete Schlusszahlung Deutschlands nicht in Frage kommen könnte. Als in den privaten Besprechungen zwischen den Delegationsführern der englische Herr Premierminister den Reichsführer darauf hinwies, daß die Forderungen einer Anzahl von Delegationen auf die Zahlung einer Endentschädigung hinauslaufen, hat der Reichsführer am 20. Juni Herrn MacDonald erklärt und auseinandergelegt, weshalb und warum Deutschland einer solchen Schlusszahlung nicht zustimmen könne. Die Begründung der deutschen Haltung ist Herrn MacDonald im Anschluß daran noch schriftlich übergeben worden. Die gleiche Haltung bezüglich Streichung der Reparationen und Unmöglichkeit einer Schlusszahlung hat die deutsche Delegation in den unmittelbaren Auseinandersetzungen mit der französischen Delegation am 27. Juni eingenommen.“

In der gestern stattgefundenen Verhandlung zwischen der britischen, französischen und deutschen Delegation richtete Herr MacDonald die Frage an den Reichsführer, ob er nicht bereit sei irgend etwas tun könne, um eine Entlohnung herbeizuführen. Der Reichsführer hat daraufhin ausgeführt:

„Das Vertrauen der Welt könne nur dann wiederhergestellt werden, wenn die Siegermächte sich entschließen würden, die Diskrimination des Versailler Vertrages zu beseitigen. Wenn somit die Gleichberechtigung Deutschlands und die Sicherheit hergestellt werden, dann würde der Reichsführer es für möglich halten, daß Deutschland an der allgemeinen Anstrengung zur Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft seinen Anteil in Form eines Beitrages zahle, der selbstverständlich die vollkommene Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes in Deutschland und der Welt zur Voraussetzung hat.“

Wehrhoheit u. Abschaffung der Tribute gefordert

Lausanne, 29. Juni. Das von der deutschen Abordnung veröffentlichte amtliche Kommuniqué hat in internationalen Konferenzkreisen das größte Aufsehen erregt.

Der Hinweis auf die Beseitigung der „Diskrimination des Versailler Vertrages“ wird dahin ausgelegt, daß die deutsche Regierung in folgender Weise Weiterführung ihres bisherigen Abrechnungspunktes die Beseitigung des Teiles 5 (Währungs) und des Teiles 8 (Reparationen) des Versailler Vertrages fordert und nur unter diesen Bedingungen sich bereit erklärt, gewisse finanzielle

tragungen zu der geplanten Wiederaufbaukasse zu tragen, die für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes Deutschlands und der Welt verwandt werden soll.

Die Lage am Mittwochabend

Lausanne, 29. Juni. Zu den tausenden Verhandlungen der Lausanner Konferenz ist am Mittwochabend ein Zwischenstadium eingeschaltet worden. Nach den Beschlüssen der sechs einladenden Mächte in der offiziellen Nachmittagsitzung wird nunmehr das Büro der Konferenz aus Vertretern der sechs einladenden Mächte als Finanzausschuß die Tributfrage weiter behandeln, während der Handelsausschuß, dem die Handels- und Wirtschaftsminister der sechs Mächte angehören, die Stellungnahme der sechs Mächte zu der kommenden Weltwirtschaftskonferenz vorbereiten wird. Das Büro der Konferenz hat in einzelnen die Aufgabe, die zahllosen Einzelverhandlungen der Minister in den letzten Wochen zusammenzufassen. Beide Ausschüsse werden jetzt in der Zeit bis Montag tagen und sodann den sechs einladenden Mächten einen Bericht erstatten. MacDonald drängt auf einen möglichst schnellen Abschluß der Konferenz, da er bereits am 5. Juli nach London zurückreisen will. Man rechnet daher in leitenden Konferenzkreisen mit dem endgültigen Abschluß der Konferenz Anfang oder Mitte nächster Woche.

Die sachliche Lage der Konferenz kann dahin zusammengefaßt werden, daß grundsätzlich der Plan besteht, eine gemeinsame Kasse für den Wiederaufbau Europas zu schaffen, an der sich sämtliche Mächte nach einem rechnerisch festzusetzenden Betrage beteiligen sollen.

Die deutsche Regierung hat sich überreits bereit erklärt, über diesen Satz hinaus einen Zusatzbeitrag zu leisten (?), jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die Diskriminationen des Versailler Vertrages in Wegfall kommen. Auf der Gegenseite besteht jedoch deutlich die Tendenz, die Verhandlungen der von Deutschland geforderten grundsätzlichen politischen Fragen der Gleichberechtigung und Sicherheit Deutschlands auf die Abrüstungskonferenz zu verschieben und die großen weltwirtschaftlichen Probleme erst auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz zur Verhandlung zu bringen.

Die deutsche Regierung hat in den gesamten letzten Verhandlungen immer wieder den Standpunkt vertreten, daß mit dem gesamten Tributsystem endgültig Schluß gemacht werden muß und Nachzahlungen irgendwelcher Art nicht in Frage kommen.

An dem deutschen Standpunkt hat sich in den gesamten Verhandlungen der letzten Tage nicht das geringste geändert. In der Dienstag-Besprechung mit MacDonald und Herriot ist von neuem darauf hingewiesen worden, daß Deutschland an dem Gesamtaufbau Europas nur unter bestimmten Voraussetzungen teilnehmen könne, und eine gewisse faktische Beteiligung Deutschlands (?) als die der übrigen Mächte an der gemeinsamen Kasse nur möglich sei, wenn nicht nur eine völlige Streichung der Tribute

Atmosphäre der Unsicherheit und des mangelnden Vertrauens durch Berücksichtigung der lebenswichtigen deutschen Forderungen bereinigt werde.

Von der Gegenseite ist jedoch dieser Standpunkt Deutschlands abgelehnt worden. Es wird sich somit erst in der nächsten Woche deutlich zeigen, ob die Lausanner Konferenz zu der von Deutschland geforderten vollständigen Streichung der Tribute gelangen und damit der von Deutschland als unerlässlich geforderte erste Schritt für die Wiederherstellung des Vertrauens getan wird.

Gegen die roten und schwarzen Volksvergifter

Berlin, 29. Juni. Der Reichsminister des Innern hat an den preussischen Innenminister Severing das Ersuchen gerichtet, den „Vorwärts“

und die „Königliche Volkszeitung“ auf je fünf Tage zu verbieten.

Der Grund für das Verbotserlangen der „Königlichen Volkszeitung“ sind die schweren Beschuldigungen der Haltung des Reichsführers in Lausanne, über die wir bereits berichtet haben.

Bei den Berlinern auf Verbot des „Vorwärts“ wird Bezug genommen auf das Flugblatt des „Vorwärts“ unter der Überschrift: „Voll muß zahlen, damit die SM. paradiere kann“. Es wurde weiter darin erklärt, daß die Mittel, die auf Grund der Notverordnung zur Erhaltung der Maßnahmen für Arbeitslosenhilfe und Sozialversicherung sowie zur Erreichung von Wohlfahrtsleistungen der Gemeinden angefordert würden, für die Neueinführung der SM. und SS. dienen. Darin liege eine Verhöhnung und Verächtlichmachung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Die Weiterverbreitung solcher Behauptungen führe zu einer weiteren Aufspaltung der an sich durch die politischen Ereignisse erregten Massen.

Gegen die marxistische Hetze

Was gedenkt der Bremer Senat zu tun?

Wie überall im Reich, so hat auch in Bremen seit einigen Tagen in verstärkter Weise eine unglaubliche Hetze gegen die NSDAP. eingelegt, die in erster Linie von der „Bremer Volkszeitung“ getragen wird und die sich nicht scheut, zu ihren Zwecken plumpe Fälschungen vorzunehmen. Wir wollen uns heute nicht mit den inzwischen gescheiterten Versuchen der „Volkszeitung“ beschäftigen, sich aus der Verantwortung der Notverordnungspolitik der letzten Jahre zu drücken, sondern heute nur darauf hinweisen, wie die „Volkszeitung“ gegen unsere Wahlversammlung im „Kaffee Flora“ sowohl den Senat und die Polizei wie aber auch die Bevölkerung aufzuheizen versucht.

In ihrer getragenen Ausgabe stellt sie zu diesem Zweck eine Reihe von Behauptungen auf, von deren Unwahrscheinlichkeit sie selbst vollumfänglich ist. Es wird die Meinung verbreitet, es kämen nach Bremen Nazistürme aus Odenburg und aus Berlin, die hier zusammengezogen würden, nicht um die Veramtlung gegen marxistischen Terror zu schützen, sondern lediglich, um zu provozieren.

Wir erklären demgegenüber, daß weder ein Odenburger noch Berliner Sturm, das überhaupt keine auswärtige SM. zu dieser Verammlung oder anderen bremischen Wahlversammlungen herangezogen wird. Die „Bremer Volkszeitung“ leidet an offensichtlicher Ueberbissigkeit, wenn sie sich einbildet, daß sie mit Sat-Beute sogar aus Berlin heranziehen können, um in Bremen eine Wahlversammlung durchzuführen.

Die hier selbigen Aussagen werden ja aber auch nur ausschließlich zu dem Zweck verbreitet, die Arbeiterklasse im Westen aufzuheizen und, wie wir schon in früheren Ausgaben zu vernehmen, ohne sich selbst der Gefahr auszusetzen, für die damit erfolgenden Ueberfälle verantwortlich zu sein. Die „Volkszeitung“ hat dieses verantwortungsloses Spiel schon in den Novembertagen vorigen Jahres mit Erfolg getrieben und wir machen schon heute den Senat darauf aufmerksam, daß man sich nicht durch das gleiche Manöver in diesem Wahlkampf durchzuführen lassen darf. Wir verlangen von dem Senat, daß er gegen diese politische Brunnengiftung rechtzeitig einschreitet und empfehlen ihm, von folgendem Erlaß Kenntnis zu nehmen, den dieser Tage der Ministerpräsident von Anhalt herausgegeben hat.

In unverantwortlicher aber planmäßiger

Weise hegt seit einigen Tagen die marxistische Presse den marxistischen Teil der Bevölkerung gegen die Nationalsozialisten auf. Diese gewissenlos gezeigte in verstärkter Weise mit der Ausbeutung des Unförm- und Umzugsverbotes ein und wendet sich in Anbacht mit besonderer Heftigkeit gegen das von den Nationalsozialisten für den 2. und 3. Juli 1932 angesetzte Treffen in Bremen.

Das „Volksblatt für Anhalt“, welches bezüglich nennenswerter schon von einem „Königlichen Dolmetsch“ schreibt, hält es für nötig, mit auf die Verantwor tung für die Ergebnisse dieser Veranstaltung hinzuweisen.

Als alter Nationalsozialist kenne ich die vorbildliche Disziplin meiner Parteigenossen. Ich weiß, daß die friedliebende Bevölkerung Anhalts von nationalsozialistischer Seite keine Störung der Ruhe und Ordnung zu befürchten hat.

Jeder Nationalsozialist — das ergibt sich ohne weiteres aus dem Aufbau und den Grundtendenzen der nationalsozialistischen Bewegung — wird des Strebs sein, durch sein Verhalten sich und Deutschlands Freiheitsbewegung Ehre zu machen. Des halb trage ich verantwortungsvoll die Verantwortung, die mir das „Volksblatt“ befohlen hat, und das Herz legt und die ich mit der Genehmigung der Verammlung übernommen habe. Diefelbe Verantwortung zwingt mich aber, diejenigen Kreise, die durch jene unerhörte Aufreizung in der Presse den ruhigen Verlauf des Treffens verhindern wollen, eindringlich zu warnen. Mir sind die Kräfte bekannt, die hinter dieser unverantwortlichen Verungung stehen und ich kenne ihre Methoden, die Verantwortung für eigene Handlungen der Gegenseite zuzuschreiben. Ich werde allen auf Gewalttätigkeiten fahrenden Elementen von vornherein das Handwerk legen und jeden Versuch, Ruhe und Ordnung zu stören, mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln im Keime ersticken. Wer für Ruhe und Ordnung ist, hat nichts zu befürchten!

Diese Ausführungen des anhaltischen Ministerspräsidenten möchte man auch vom Bremer Senat erwarten, wenn er gewillt ist, dafür Sorge zu tragen, daß der Wahlkampf in Bremen ohne Terror und ohne Unterbrechungen verläuft. Auf unsere Meinung hat der Senat es voll in der Hand, durch rechtzeitige Maßnahmen gegen die oben gekennzeichnete politische Brunnengiftung jegliche Ueberfälle auf Nationalsozialisten zu verhindern.

Wir erwarten Ihre Stellungnahme, Herr Senator von Exzellenz.

London, 29. Juni. Die Erklärung des Reichskanzlers war für die Londoner Tagespresse eine Senation. Die Nachricht wurde mit großen Ueberschriften, wie: „Deutschland erklärt ein Reparations-Ultimatum“ oder „Deutschlands Lausanner Bombe“ gebracht. Die Senation wurde noch durch eine Lausanner Falschmeldung der „Exchange Telegraph Company“ erhöht, in der es heißt, Deutschland wolle zwar zu einem europäischen Pool seinen Beitrag leisten, verlange aber dafür:

1. die Herabsetzung der französischen Heeresstärke auf den deutschen Stand;
 2. Frankreich solle einer Entwertung des Francs zustimmen, d. h. den Goldstandard verlassen;
 3. Deutschland fordere die Revision der Friedensverträge hinsichtlich des Korridors.
- „Genting Standard“ war sofort mit einem Kommentar zur Hand, worin gesagt wurde, daß die deutsche Erklärung das tatsächliche Ende der Lausanner Konferenz sei. Der einer Forderung nach einer Revision der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages habe Herr von Papen die **Titelblätter der französischen Politik, nämlich die Geheimverträge**, angegriffen. Poincaré in eigener Person werde aus der Zurückgezogenheit auftauchen und in den Champs-Élysées einmünden, die zahlungsunwilligen Mächte verdamnen.

Berlin, 28. Juni. Im Anschluß an die Versäuflich-Kundgebung der Deutschen Studentenenschaft im Lustgarten kam es unter den Linden zu Zusammenstößen zwischen den abziehenden Teilnehmern und der Polizei. Da die Straße unter den Linden im Bannkreis-Gebiet liegt, verlorste die Polizei hier jede Kundgebung zu unterbinden. Die nach vielen Hunderten zählende Menge, die sich unter dem Aufse „Deutschland erwache!“ immer wieder zusammenballte und zum Teil auch durch unglückliche Polizeimaneöver zusammengedrängt wurde, wurde rücksichtslos mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben. Die Polizei nahm eine Anzahl deutschnationaler und nationalsozialistischer Studenten fest.

Nachdem die durch mehrere Hundertschaften verstärkte Polizei die von der Lustgarten-Sundgeung kommende Menschenmassen durch große quer über die ganze Straßenbreite reichende Postenketten von den Linden abgelenkt hatte, bildeten sich in den Querstraßen immer von neuem kleinere Aufläufe. Die mit Araberinnen bewaffneten Polizeibeamten räumten mehrfach den Bahnhof Friedrichstraße, in dessen Gebäude sich viele Studenten gesammelt hatten. Die Polizeibeamten nahmen rücksichtslos jeden selbst, der nicht sofort ihren Anordnungen Folge leistete.

Pforzheim. Zu einem regelrechten Bauernaufruhr kam es im Laufe des Montag in der Gemeinde Eßbrücken, als bei einem Landwirt eine Zwangsversteigerung vorgenommen werden sollte. Da die auf mehrere Hundert angewachsene Menge gegen den Gerichtsvollzieher eine drohende Haltung annahm, wurde das Pforzheimer Landwehrbataillon herbeigeholt, welches den Bauern, dessen Gohln und einige Demonstranten verhaftete. Auf das Gerücht hin, daß die Verhafteten nach Pforzheim gebracht werden sollten, röteten sich gegen Abend große Menschenmengen vor dem Rathaus zusammen und machten Miene, das Gebäude zu stürmen. Ein um 9 Uhr eintreffender Bereitschaftswagen der Pforzheimer Polizei wurde mit Steinen und Holzstücken beworfen. Es kam zu einem regelrechten Sturm auf das Rathausgebäude, wobei die Fensterseiden und Dachziegel zertrümmert wurden. Die Polizei war gegen die Menge machtlos und mußte wieder zurückgezogen werden. Ein um 10 Uhr abends eintreffendes starkes Schuttpolizeiaufgebot wurde am Ordisengange, der von den Dorfbewohnern verbarrikadirt worden war, mit einem Hagel von Steinen empfangen.

Möglichst hielen auch Schüsse. Die Beamten machten gleichfalls von der Schutzwaffe Gebrauch, wobei ein Landwirt und vier weitere Personen, darunter eine ältere Frau, verwundet wurden. Auch mehrere Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe verletzt. Schließlich konnte die Polizei die Straße räumen, worauf die Beamten die Verhafteten mitnahmen und in rascher Fahrt das Dorf verließen.

Dr. Schacht über Grundsätze der deutschen
Wirtschaft.

Dr. Schacht hat in Hannover eine Rede gehalten, in der er mit der Wirtschaftspolitik des Systems abrechnete. Wir geben seine Ausführungen im Auszug wieder, ohne vor allem zu seiner Sozialpolitik Stellung zu nehmen.

Im Wirtschaftsband Niedersachsen-Kassel sprach Mittwoch mittag im Kuppelsaale der

München, 28. Juni.

In Schönan bei Berchtesgaden fand eine Gruppenführertagung der SA. unter Leitung des Stabschefs Röhm statt, zu der sämtliche Gruppenführer und teilweise auch die Oberführer erschienen waren, ebenso der Führerstab der SA.

Nach einer einleitenden Rede des Stabschefs erstatteten die Gruppenführer Bericht über die Lage, wobei übereinstimmend heftige Klage über das Demonstrations- und Unruheformertum geführt wurde, das trotz Aufhebung des EA-Verbotes noch von einigen Ländern ausgedehnt erhalten wird. Es wurde betont, daß dies die Hauptursache für die schweren Verluste ist, die die EA an Toten und Verwundeten in den letzten Wochen zu beklagen hatte.

Im Laufe der Tagung hat auch der oberste Führer der SA. selbst, Adolf Hitler, das Wort zu eingehenden Ausführungen über Wesen und Aufgaben der SA. im

Öffentliche Verlautbarung zur zweiten politischen Notverordnung

Berlin, 29. Juni. Amlich wird mitgeteilt: Mit der heute in Kraft tretenden neuen Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juni 1932 gegen die politische Verschwörung vom 28. Juni 1932 gegen die Reichsregierung ist in diesem Gebiete ihrer Absicht gelangt, die allgemeine Verhote von Umzügen und des Tragens einheitlicher Kleidung können hinfür für das ganze Reich oder einzelne Teile nur noch vom Reichsminister des Innern erlassen werden. Die Pflicht und das Recht, Maßnahmen zur Sicherung von Ruhe und Ordnung im Einzelfalle zu treffen, liegen den Ländern ob, die allein über Polizeikräfte verfügen, während das Reich Exekutivorgane nicht besitzt.

Diese Regelung entspricht der Reichsverfassung, die grundsätzlich Regelungen dem Reich, Ausführungen den Ländern überwiesen hat. Die Materie ist jetzt abschließend und grundsätzlich reichsrechtlich geregelt. Die Zuständigkeiten sind klar. Von einem unzulässigen Eingriff in die Rechte der Länder kann bei dieser Sachlage keine Rede sein.

Nachdem am 28. Juni amtlich feststand, daß einige Regierungen an ihren allgemeinen Verboten festhielten, wurde der Verordnungsentwurf zur endgültigen Regelung dem Reichspräsidenten vorgelegt und von ihm vollzogen.

Die Regierungen der deutschen Länder sind keine nachgeordneten Stellen des Reichsinnenministeriums, denen Befehle und Erlasse zugefleißt werden, sondern selbständige verfassungsmäßige Organe der Glieder des Reiches. Erst nachdem der Weg der Verhandlung nicht zum Ziele geführt hatte, schien eine rechtliche Regelung durch Verordnungen am Platze.

Es handelt sich hier nicht um eine angebliche

Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen Lage ergriffen. Der Führer behandelt dann Zweck und Sinn einer nationalen Wehrmacht in weitestgehenden Ausführungen.

Auch ist die Beherrschung im heutigen Staate auf die Dauer das Mißverhältnis untragbar, an dem sie Schaden leiden, wenn sie auf der einen Seite die großen Traditionen der preußisch-deutschen Armee weiterführen und auf der anderen Seite einem politischen System dienen sollen, das im diametralen Gegensatz zu dieser Tradition gestanden hat und heute noch steht. Der Führer ging dann dazu über, in ganz großen Zügen die Stellung der SA. zur Wehrmacht zu umreißen, wobei er dies auf eine kurze Formel zusammenfaßte, dahingehend festgelegt, daß die Aufgabe der SA. im Gegensatz zu jener der Wehrmacht in der Wiederaufrichtung einer organisierten Volksführung und in der Vollenbung der deutschen Vollerziehung zu suchen sei.

zeiten sind klar“

zweiten politischen Notverordnung

millitärliche Verwaltung von Länderrechten, sondern um die reichsgeldliche Regelung einer innerpolitischen Frage für das ganze Reich. Die Verordnungen 3. B. über das Verbot der einheitlichen Kleidung und die Aufhebung der ES. und SA. sind vor Monaten vom Reich gegen den Willen einzelner Länder erlassen und durchgeführt worden, ohne daß ein Einpruch gerade der Länder erfolgt wäre, deren Bevölkerung heute 3. B. in den neuen Verordnungen eine Vergewaltigung sehen zu müssen glaubt.

Der Uebergang ist von kommunistischer Seite zu Ueberflüssen und öftlichen Störungen der Ordnung planmäßig benutzt worden. Die Reichsregierung hat zur Zeit keine Veranlassung, irgendwelche Ausnahmemaßregeln zu ergreifen. Es wird die Entwicklung genau beobachtet und, falls wider Erwarten die Gefahr ernstler Ruhestörungen ihres Schattens voranzuwerten sollte, nicht zögern, das dann Notwendige zu tun.

München, 29. Juni. Zu der neuen Rotverord-
nung der Reichsregierung schreibt die „Bayrische
Staatszeitung“, die tagelangen Vorstellungen der
Landesräthe hätten zu nichts geführt. Es sei alles ver-
gebens gewesen. Im Am Rainer des Königs
wenigstens vom bayerischen Staatsgebiet die Kra-
wallpolitik von der Straße fernzuhalten
ermächtigt nun für die bayerischen verantwortlichen
Stellen die selbstüberhänbliche Pflicht, die Bestim-
mungen dieser Rotverordnung, solange sie nicht
zu befürchten ist, so auszuführen, daß die
Staatsautorität nicht noch mehr Schaden leidet
als den, der ihr von oben her schon zugefügt wor-
den ist.

Stadthalle vor einer nach Tausenden zählenden Höferschaft, in der namentlich die Wirtschaftskreise aus dem ganzen niedersächsischen Gebiet, darunter viele führende Persönlichkeiten vertreten waren, Reichsbankdirektor a. D. Dr. Schacht über „Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik“.

regierung in Folgewirkung der bisherigen Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik des Reiches zu erlassen sich gezwungen gesehen habe, den Abschluß einer über viele Jahre sich erstreckenden Gesamtpolitik bilde, die dem über Deutschland hereinbrochenden Schicksal nichts anderes entgegenzusetzen wußte, als Dulden, Entbehren und Sichselbst entäußern. Ein Volk könne seine Lebens-

rechte aber nicht durch Selbstentäußerung
erlangen und bewahren, sondern müsse
einen unbändigen Lebenswillen

bedürftigen, wenn es nicht untergehen wollte.
Die Auffassung sei falsch, daß man zunächst
die Weltwirtschaftskrise bekämpfen müsse.
Vorher habe eine **deutsche Krise** gegeben.
Dieses sei einer der wesentlichsten Gründe
für den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise.
Selbst wenn es gelänge, diese zu beenden,
werde die deutsche Krise noch für lange
Zeit bleiben, da sie keine vorübergehende
Konjunkturschwächung sei. Unsere gegen-
wärtige Lage sei so bedrohlich, daß wir keine Re-
serven mehr einzulegen hätten. Die einzige
Reserve sei der nationale Lebenswille, der
wieder erwacht sei und auch für die Wirt-
schaft wieder neue Lebenskräfte schaf-
fen werde. Denationen, die durch die Kri-
se jetzt am Rand des Abgrundes stünden,
würden sich erheben müssen, gäßen
für eine erfolgreiche Wirtschaftsführung et-
wa das bisher nicht vorhandene gewisse
Voransatz. Die Bezahlung der Kriegs-
tribute aus gepumptem Gelde sei ein poli-
tischer Unfug gewesen. Er, Schacht, habe
gegen die Kriegstribute und die sinnlose
Zwecklosigkeit der öffentlichen Hand einen
ununterbrochenen Kampf geführt.

Was der allgemeinen Wirtschaftskraft der Völkter können wir entnehmen, daß die deutsche Wirtschaft heute keine ausreichenden Reize abgibt, um die Lebenshaltung zu erhalten, die wir vor dem Kriege gehabt hätten. Der Grund hierfür liege in der ungeheuren Kapitalvermehrung durch den Krieg, an den nachfolgenden Handelsverträgen, den Tributzahlungen, den hohen Zinsen für Tribute und ähnliches. Waren wir nach dem Kriege sparsam in der Lebenshaltung gewesen, so wäre unser Volk sehr reich zu der Erkenntnis der wahren Lage gekommen, aber die unter dem Einfluß der marxistischen Parteien stehende Nachkriegspolitik habe diese Erkenntnis erschwert und verzögert.

Zwei Haupttätigkeiten, die zum Gedeihen der Wirtschaft unerlässlich seien, würden durch den kollektivistischen Bürokratismus vernichtet. Die größtmögliche Anstrengung des Einzelnen und das Gefühl für den wirtschaftlichen Erfolg oder Mißerfolg verantwortlich zu sein. Die Verantwortung des einzelnen Arbeiters, Angestellten oder Unternehmers müsse wieder zur Geltung kommen. Dieser Grundgedanke müsse auch bei den verschiedenen Rentabilitätsvoraussetzungen der Unternehmungen die Lohnpolitik bestimmen.

zins gebe. Der zweite Weg, den Arbeitslosenproblem wirklich beizukommen, Der eine sei, durch harte Auflockerung der politischen Bindungen von Arbeitslohn und Arbeitszeit die Initiative in Industrie, Handel und Gewerbe wieder anzufachen. Der zweite Weg sei die mögliche **Dezentralisierung** der dafür geeigneten Arbeitslosen durch Unterbringung in den einzelnen Haus- und Landwirtschaften. In der **Küchle** aus der **abstrakten Weltwirtschaft** zum Haus und zum Land liege unser Rettung. Das neuerdings viel gebrauchte Schlagwort von der Autarkie sei genau so falsch und einseitig, wie die Forderung nach einer Einordnung in die Weltwirtschaft. Wenn der Umerstand fremder Gewaltpolitik ein einzelnes Volk in wirtschaftliche Abhängigkeit hineinzubringen und darin zu halten versuche, so müßten naturgemäß die autarkischen Erhebungen an Kraft gewinnen.

In einem solchen Zustande befinden sich heute das deutsche Volk. Dem Auslande gegenüber aber müsse gezeigt werden, daß die deutsche Wirtschaft nicht nur Konkurrenz, sondern auch Kunde sei.

Länger als ein Jahrzehnt schlugen wir uns mit dem **Transferproblem** herum und suchten das Rätsel zu lösen, wie man Zahlungen vom besiegten Gegner empfangen, ohne ihm Waren abzunehmen. Dieses Problem sei unlösbar. Die Geschichte lehre, daß man **Tribut** nur in Sachgütern entgegennehmen könne, die der Unterjochte in der Überzahl erzeuge, aber daß man durch Entgegennahme solcher Sachtribute auch **seine eigene gewerbliche und agrarische Kraft lähme**.

Sie rasch folget für Deutschland, daß es unter seinen Umständen seine landwirtschaftliche Grundl. verlieren dürfte. Die landwirtschaftliche Produktion ist für das Volk als Ganzes gesehen eine nationale Lebensnotwendigkeit ohne Rücksicht auf die Kosten. Den Verbrauchern unserer Gegend, und mit allen Mitteln niederzulegen, kann nur auf zwei Wegen begegnet werden: Einmal auf dem Wege einer harten Wechselfähigkeit und eines entschlossenen Beharrlichen und zum zweiten, indem immer deutlicher gemacht werde, daß der eigene wirtschaftliche Vorteil mit dem des Nachbarn Hand in Hand gehe. Wir möchten der Welt zeigen, daß wir noch über eine große Macht, die Konsumkraft eines 70-Millionen-Volkes verfügen, deren Möglichkeit sich das Ausland anzueignen.

Der Reichstag selbst, indem er betonte, daß es ungünstigere Fälle, daß man im Außenhandel unsere Waren nicht kaufen würde, wenn wir nicht auch als Abnehmer auftreten würden. Selbst bei den Präferenzen einiger Länder würden wir in anderen Ländern doch noch ein Mehr an Absatz finden. Auch das Ausland würde nicht leichten Vergelt auf unser hochwertiges Industrieerzeugnisse vornehmen. Man müsse aber zunächst damit beginnen, sich selbst zu helfen und eigenes Ausland zu erschließen. Die Aufgabe der Reichsregierung sei es, auf diese Weise anderen zu wirken. Auf politische Dinge, der von außen her gegen uns eingeschleht werden würde, könne auch die Lage für unsere Gewerbe nicht helfen.

 **massen=**
Wahlkundgebung
Morgen, Freitag, 1. Juli, 20.30 Uhr
spricht im
Kaffee Stora
Grövelingen
Bg. Studentkowskî MdL., Leipzig
über
Das Papen-Kabinett eine Nazi-Regierung?
Abrechnung mit dem margittischen Arbeiterbetrug!
N. S. D. A. P., Sekt. Westen
Eintritt 0.30, Erwerbslose 0.10 (nur an der 1. Klasse)
Saale- und Kassenöffnung 19.15 Uhr

Frankreich verfügt über mindestens 300 Bombenflugzeuge. Als neuestes Bombenflugzeug ist der viermotorige, mit neuem Maschinenaggregat ausgerüstete „Dyle et Bacalan“-Einbinder zu nennen, welcher 2500 Kilogramm Bomben tragen kann. Der Dyle et Bacalan 20-208-Doppeldecker gehört ebenfalls zu den neuesten französischen Groß-Bombenflugzeugen. Er führt fünf Maschinenaggregate und schleift eine Bombe mit einer Stundengeschwindigkeit von 210 Kilometern bis zu einem 1000 Kilometer entfernten Ziel.

In diesem Zusammenhang soll noch ein anderer „Dyle et Bacalan“-Einbinder Erwähnung finden, und zwar das „Berche“-Großflugzeug „D.B.70“. Dieses Flugzeug wurde bei einem größeren Manöver von der Mandatverteilung, beschlagnahmt und als Transporttransporter eingesetzt. U. a. beförderte die Maschine einen Luftschifftrupp von etwa 30 Mann mit Waffen und Munition hinter die „feindliche“ Front. Der Trupp führte Brandfregungen und übernahm die Feuerüberfälle mit Maschinenaggregaten auf gegnerische Truppen aus. Das Ergebnis des Manövers soll die Mandatverteilung durchzuführen erforderlich haben. Hierzu sind einige Bemerkungen erforderlich. Die „D.B.70“ ist eine „unter Beschäftigung militärischer Zerstörer“ erbaute Maschine, mit anderen Worten: Ein Militärflugzeug im zivilen Kleide. Sie ist als Großkampfflugzeug und Bombenflugzeug verwendbar und darf daher nicht mit reinen Zivilflugzeugen wie z. B. die deutschen und englischen Verkehrsflugzeuge verglichen werden. Die Eignung der „D.B.70“ zur Beförderung von Luft-Einzeltruppen im Ernstfall ist allerdings zu bezweifeln.

Die in obigen Zeilen gemachten Angaben zeigen uns wieder einmal, daß Frankreich nur die Aufmerksamkeit kennt und nichts von Abrüstung wissen will.

Süddeutsches Uniformverbot aufgehoben

Die zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen

Berlin, 29. Juni. Die zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen, die das Datum des 28. Juni 1932 trägt, ist am Mittwoch mittig verändert worden.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1.

1. Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden.

a) allgemein nur bei bestimmter abgegrenzter Ortsstelle.

c) im übrigen nur im Einzelfalle.

Weitergehende allgemeine Verbote treten außer Kraft.

2. Das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer nicht verbottenen politischen Vereinigung kennzeichnet, darf von den Landesbehörden nur im Einzelfalle bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden. Bestehende allgemeine Verbote dieser Art treten außer Kraft.

3. Hat der Reichsminister des Innern gegen ein Verbot nach Abs. 1. Bedenken, so kann er die oberste Landesbehörde um Änderung oder Aufhebung ersuchen. Entspricht die oberste Landesbehörde dem Ersuchen nicht, so kann er das Verbot aufheben.

§ 2.

Der Reichsminister des Innern kann allgemein für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet, verboten und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

§ 3.

Plakate, Flugblätter und Flugchriften, in denen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgeführt oder angereizt wird, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Zuständig sind, soweit die oberen Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verordnungsung in Kraft.

(Unterschriften)

Verordnung über Versammlungen und Aufzüge

Berlin, 29. Juni. Gleichzeitig mit der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen ist eine Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge verkündet worden. Nach dieser wird auf Grund des Paragraphen 4 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 mit Wir-

g. Dr. Roland Freisler in eigener Sache

Eine Abfuhr für die Bremer Volkszeitung

Dr. Roland Freisler übergibt dem Preussischen Pressedienst der NSDAP folgende Erklärung:

In eigener Sache!

In der Landtagsitzung vom 20. Juni 1932 geißt der marxistische Parteiführer Gehrmann mich persönlich an, indem er behauptet:

1. mein Verhalten als Rechtsanwalt sei selbstverleumdend, mehrfach „standeswidrig“ gewesen.
2. Ich sei zweimal strafgerichtlich verurteilt.
3. Ich hätte einer Firma Magnus Kagenstein öffentliche Kredite verschafft und dabei schändlich gehandelt.

Im Landtagsplenum habe ich nicht geantwortet, erstens, weil mein Fraktionsführer, Pg. Kube, fraktionsantilig erklärte, den Schluß der Fraktion vor mich zu stellen. Und zweitens, weil Personen von der Sorte eines Gehrmann, Freunde Ellsers, Wertheimers und Heilmanns, mich nicht beleidigen können.

Um gegnerische Presseverleumdungen entgegenzutreten, stelle ich fest:

- a) Von der Anwaltskammer bin ich mehrfach wegen „standeswidrigen“ Verhaltens bestraft. Der Grund war stets Kampf gegen den jüdischen Einfluß bei Gericht und in der Anwaltschaft, rassistische Eintreten für verfolgte SA- und SS-Männer als Verteidiger. Wenn das die Anwaltskammer für standeswidrig hält, so ist mir dieses höchst gleichgültig. Eine Standesmoral kenne ich als Nationalsozialist nicht. Meine Pflicht als nationalsozialistischer Kämpfer gebot mir in jedem einzelnen Falle, so wie geschehen,

zu handeln. Trotz Anwaltskammer werde ich das auch künftig nicht ändern.

- b) Zweimal bin ich strafgerichtlich verurteilt. Einmal wegen Hausfriedensbruchs, weil ich mich von dem roten Stadtverordnetenrat nicht aus der Stadtverordnetenversammlung werfen lassen wollte, und in gleichem Urteil wegen Verleumdung des roten jüdischen Polizeipräsidenten Dr. Hohenstein, den ich für schuldig an der Ermordung meines Parteigenossen, Stadtverordneten Meißner, erklärte hatte, und ein zweites Mal, weil ich mit Rücksicht auf die Inflation als Stadtverordneter von einer „schamlosen Pleite der Schieberrepublik“ gesprochen hatte. Ob das ehrenrührig ist, kann ein Zuständiger wie Herr Gehrmann nicht entscheiden.

- c) Den Wohnungsbau- und Industrie-förderungsfonds für die Firma Magnus Kagenstein, die aus jüdischen in christliche Hände übergegangen war, habe ich als Anwalt bestraft. Dabei habe ich mich laut rechtskräftigem ehrenrührigem Urteil so verhalten, wie ich einzig und allein als gewissenhafter Anwalt handeln konnte.

Der schlagelagene persönliche Angriff des Gewerkschaftssekretärs Gehrmann freut mich, da er bestätigt, daß meine sachliche Abrechnung mit dem Juden Ruttner geistlich hat, denn — ohne eine solche zoologische Einordnung auf Ruttner oder Gehrmann anzuwenden zu wollen —

„der getroffene Hund heult!“

gez. Dr. Roland Freisler
M. d. L., Kassel.

lung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1. 1. Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden.

2. Sie können im Einzelfalle verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Statt des Verbots kann eine Genehmigung unter Auflage ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

3. Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können nur aufgelöst werden, wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind oder wenn von den Angaben der Anmeldung abichtlich abgewichen oder wenn einer Auflage zuwidergehandelt wird.

4. Ausgenommen sind gewöhnliche Gelegenheitsversammlungen, die hergebrachten Feste von Gewerkschaften, kirchliche Prozessionen, Bittgänge und Wallfahrten.

5. Eine Anordnung nach Absatz 2, 3, kann nach den Bestimmungen des Landesrechts angeordnet werden.

Wir fordern Zinssenkung in Oldenburg

Oldenburg, 29. Juni. Das Oldenburgische Staatsministerium hat folgende Entschließung an den Landtag gerichtet:

Die drückende wirtschaftliche Not veranlaßt das Staatsministerium, an den Landtag mit dem Antrag heranzutreten, folgende Entschließung zu fassen: Die Lage von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel im Lande Oldenburg ist neuerdings immer bedrohlicher geworden. Vor allem hat das Sinken der Preise für die Erzeugnisse der Viehwirtschaft und der Schweinefleisch dazu geführt, daß weitestgehend der obdenburgischen Landwirtschaft sich in der äußersten Gefahr des Erliegens befinden. Die Folge ist eine starke Erwerbslosigkeit und eine erschreckende Störung im Steuerertrag. Hierdurch sind die öffentlichen Finanzen bei Land und Kommunen in eine Lage gekommen, die bereits jetzt in verheerenden Gemeinden dazu geführt hat, daß geforderte Leistungen nicht mehr voll erfüllt werden konnten. Die Zahl dieser Gemeinden ist in letzten Zeiten begreifbar und auch für den Staat besteht die ernsteste Gefahr. Unverzügliche Abhilfe ist dringend erforderlich. Entschlossene Maßnahmen des Reichs zur Entlastung und Behebung der Wirtschaft dürfen keinen Augenblick länger hinausgeschoben werden. Besonders ungünstig ist die Lage derjenigen Wirtschaftskreise und öffentlichen Verwaltungen, die in den vergangenen Jahren eine zunehmende Verschuldung haben eingehen müssen. Die Be-

§ 2. 1. Mit Gefängnis, neben dem auch Geldstrafe erkaunt werden kann, wird bestraft:

1. wer ohne die nach § 1 erforderliche Anmeldung oder in abweichender Abweichung von den in der Anmeldung gemachten Angaben oder unter Zuwiderhandlung gegen ein Verbot oder eine Auflage eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt;

2. wer für eine Versammlung, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder genehmigt ist, den Raum zur Verfügung stellt.

3. Mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark wird bestraft, wer an einer Versammlung oder einem Aufzuge teilnimmt, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten sind.

4. Die Vorschriften des Abs. 1, 2, sind nicht anzuwenden, wenn ein politischer Zweck mit der Tat nicht verbunden war und eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht eingetreten ist.

Mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark wird bestraft, wer sich nach Erklärung der Auflösung einer Versammlung (§ 1, Abs. 3) nicht sofort entfernt.

(gez.): Unterschrift.

SPD.-Kassenskandal in Breslau

Um 224.000 RM. den Fiskus geschädigt — Das Parteibuch entschied

Breslau. Am Dienstag begann hier der große Prozeß wegen der Kassenunterschlüsse bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse, die infolge der sozialdemokratischen Mißwirtschaft entstanden und zu dem Zusammenbruch des Unternehmens geführt haben. Angeklagt sind fünf Personen, darunter der sozialdemokratische Abteilungsleiter Bartisch und der praktische Arzt Dr. Wiesner.

Bartisch wird zur Last gelegt, den Reichsfiskus und die Krankenkasse mit den übrigen Angeklagten zusammen um 224.000 RM. geschädigt zu haben. Der erst 32 Jahre alte Sozialdemokrat Bartisch hat auf Grund seiner Parteizugehörigkeit und ohne sachliche Kenntnisse eine schnelle Karriere gemacht. Er kam 1924 als Hilfsarbeiter in die Krankenkasse und wurde schon zwei Jahre später von dem sozialdemokratischen Verwaltungsdirektor mit der Leitung der großen Ab-

teilung Einzelrenten und um schwere Einnahmen im öffentlichen Finanzwesen zu veranlassen, um die Wirtschaft vertikal zu entlasten und die öffentlichen Verwaltungen zu erleichtern, ferner um die Gläubiger vor ungleich schweren Nachteilen zu schützen, ist ein alsbaldiges entschlossenes Vorgehen des Reichs zur weiteren Verabminderung der Zinsbelastung für sämtliche alten und neuen Schuldverbindlichkeiten unbedingt geboten.

Und abermals eine Hetze zusammengebrochen

Im Juni vorigen Jahres veröffentlichte die sozialdemokratische „Münchener Post“ einen angeblichen Brief von Oberleutnant Schulz, in dem die bekannten Behauptungen gegen hohe Führer der SA, insbesondere gegen den Chef des Stabes, Oberleutnant Röhm, wiederholt waren. Dieser Brief war gefälscht, wie durch ein im April d. J. geführtes Strafverfahren gerichtlich festgestellt wurde. Rummel wurde auch der verantwortliche Schriftleiter Martin Gräbe der „Münchener Post“, der diesen gefälschten Brief zum Anlaß gemeiner Ausfälle genommen hatte, auf Klagestellung von Oberleutnant Schulz hin, wegen übler Nachrede zu 400 RM. Geldstrafe, im Nichterstreitungsfall zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Rote Verleumder am Pranger

Berlin. In dem Prozeß, den der Chef-Redakteur des „P.“ Pg. Alfred Rosenberg, gegen eine Reihe jüdischer Schmierblätter wegen der verleumderischen Behauptung angestrengt hatte, daß er, Rosenberg, während des Krieges für Frankreich Spionagedienst geleistet und sich in Paris aufgehalten habe, ist am Montagvormittag das Urteil vom Amtsgericht in München verkündet worden: Die verantwortlichen Redakteure des Berliner 12-März-Blattes, der Leipziger Volkszeitung, der Breslauer Volkszeitung für Schlesien und der Berliner Volkszeitung wurden zu je drei Monaten Gefängnis, der verantwortliche Schriftleiter der „Münchener Post“ zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus aller Welt

Brand im Schauspielhaus in Hannover.

Hannover. Nachdem erst am Dienstag ein großes Feuer im Opernhaus erheblichen Schaden angerichtet hatte, entstand Mittwoch nachmittags ein ähnlicher Brand im Städtischen Schauspielhaus. Als der Hausmeister auf seinem Rundgang den Geräteraum öffnete, schlugen ihm Flammen entgegen. Er traf sofort Schutzmaßnahmen, und wenige Minuten später war auch schon die Feuerwehr zur Stelle, der es gelang, den Brand zu löschen.

Gewerkschaften.

Essen. Am Mittwoch vormittag kürzte auf einer Baustelle am Stauffe im Stadtteil Warden ein Bangeriff ein. Hierbei wurden acht Arbeiter zum Teil schwer verletzt.

Darmstadt, 29. Juni. In Walldorf hat eine Feuertombe mit einem Brotmesser ihren beiden Kindern von 1½ und drei Jahren die Hälse durchgeschnitten. Die Frau handelte mit dem letzten Meißer in der Hand am Fenster und gestikulerte. Als der Ehemann, der arbeitslos war, nach Hause kam, machte er die Gendarmen aus Warten mobil, da sich niemand in das Haus hineintraute. Als die Gendarmen eintrafen, ließ sich die Frau wider Erwarten ohne Widerstand abführen. Es wurde festgestellt, daß sie gestraft war.

Aus 8000 Meter Höhe abgesprungen.

Paris. Der junge französische Fallschirmspringer Wagnard stellte einen neuen Höhenweltrekord im Fallschirmspringen auf, indem er aus 8000 Meter Höhe absprang. Eigenen Kindern die Hälse durchgeschnitten.

Dr. Wiesner erhielt innerhalb von vier Jahren 60.000 RM. „Honorar“, obwohl er nur etwa 15.000 RM. zu bekommen hatte. Die Mehrzahlung teilten sich die beiden. In anderen Fällen ließ Bartisch durch seine Freunde, die sich als Patienten ausgeben mußten, aber nicht krank waren, Krankengeld anfordern, das auch geteilt wurde. Das aber war alles nur möglich, weil das ganze Unternehmen mit sozialdemokratischen Nichtfachleuten besetzt war.

Ziehung schon übernächste Woche

Bremer Geld-Lotterie
24 168 Gewinne und 1 Prämie zu insgesamt
♦ **150 000 RMark** ♦
in bar ohne Abzug zahlbar
Hauptgewinn **30 000 RMark**
Prämie **20 000 RMark**
♦ **Lose zu 1 RMark** ♦
bei den Staatlichen Lotterie-Einnehmern
Wilhelm Oscar Bruns, An der Ansgarikirche
D. Fedden, Contrescarpe 1
Theodor Krumpal, Bahnhofstraße 34
Josef Schwarz, Am Markt 15-16

Söllners gute Stuben
Heute Abschiedsabend
der Kapelle
NESSI LIEBING
Neu! Ab morgen, Freitag Neu!
rhheinische Stimmungskapelle
Die Sorgenbrecher

Fahrschule
Edmund Will
Georgstraße 65
Roland Nr. 7341
Prima
Badewannen
Prima
Badedöfen
Prima
Gasherde
Soltau-Weinreich
Karlsruhe 8

Samariterfursus
der NS.-Frauensschaft
Heute, Donnerstag, 30. Juni,
abends 8.15 Uhr
Geschäftsstelle Rembertstraße

Familien-Anzeigen
Geburten: 1 Tochter Jul. Kahler
und Frau, Elise geb. Kahler, Begehrd.
Verlobte: Erna Werner mit Willi
Beder, Schierstr. 24.
Verstorbene: Elise Spiegelberg,
64 Jahre, Waller Heerstr. 30. — Carl
F. A. Wolff, Georgstr. 45. — Wilh.
Johannsen, 76 Jahre, — Heinrich Döh-
mann, 70 Jahre, Werderstr. 60. — Joh.
Heinrich Bais, 84 Jahre. — Wilhelmine
Bais, geb. Düfer, 79 Jahre. — Adele
Wolde, geb. Knoop, 81 Jahre, Et. Waga-
ma. — Dorotee Gutmann, geb. Schufte,
84 Jahre, Goethestr. 35. — Dr. med.
Johann Georg Wilmanns, 92 Jahre,
Grafstr. 5. — Wilhelmine Wil-
lers, geb. Duhnenkamp verw. Gehrte,
74 Jahre, Hoffmühlstr. 3.

Stadttheater
Das Tagesgespräch in
Bremen
Der sensationelle Operetten-Erfolg
**Die Blume
von Hawaii**
täglich abends 8 Uhr
Billigste Sommerpreise:
Mk. 0.50 bis 3.70
einschl. Garderobengebühr
Vorverkauf täglich v. 10.30—1.30
und 5.30—7.30 Uhr.

Länderkampf Holland-Norddeutschland
Die holländische National-Mannschaft gegen Norddeutschlands Elite
8 internationale Kämpfe vom
Fliegen- bis zum Schwergewicht
Sonntag, 3. Juli, vormittags 11 Uhr, Dauer: 2 Stunden.
Vorverkauf an 20 Stellen 0.75 u. 1.50 Mk. Schüler u. Erwerbsl. a. d. Kasse 50 Pf.
Nordwestdeutscher Amateur-Boxverband **Weser-Stadion**
Auskünfte: Stadion-Verwaltung, Hansa 406 73.

Wenn Möbel - dann Thiel
Einmaliges Werbeangebot
einer kompl. besonders preis-
werten Wohnungseinrichtung
bestehend aus:
Schlafzimmer, Birke lack., voll ab-
geputzt, kompl. m. Dreifachbett, 226.
Wohnzimmer, bestehend aus: Bü-
felz, edle Eiche, 140 cm, Tisch, 4
Sesseln, Sofa (Wollmohr), 303.
Küche, Büfett 140 cm, kompl., 135.
Diese komplette Einrichtung zu dem
zeitgemäßen T.H.A.E. Preis von 733.-
ist das, was die Herzen
mancher Brautpaare höher
schlagen lässt.
Rosenkranz 32

Amtl. Bekanntmachungen
Die allgemeine Abfindung
ist für das nachstehend genannte Grund-
stück auf Grund der Verordnungen vom
19. 12. 99, 11. 12. 20, und 2. 7. 21,
betr. Anlegung des Grundbuchs, an-
geordnet. Etwaige Rechte sind bis zum
13. 7. 32, beim Grundbuchamt, Gerichts-
haus, Zimmer 3, anzumelden bei Wei-
dung der in § 19, Abs. 2, der erlän-
gten Verordnung angeordneten Rechts-
nachfolge.
Vorblatt 2. 41.
Blatt 1. 2. 2. 1.
Nr. 2. 2. 2. 1.
322 602-251. Ratenturmer Heerstraße
Wolff-Bäcker in Arken-
str. 152. Hermann
Grundbuchamt.
27. 6. 1932.

**An warmen Tagen, nur
Seefische auf den Tisch!**
Schnell zubereitet, wenn Sie Filet
braten haben Sie überhaupt kei-
nen Abfall und keine Rückstände,
billig, nahrhaft u. sehr bekömmlich
Unser großer Umsatz gibt Gewähr
für täglich frische Ware.
Wir bieten an:
Kochschellfisch Pfd. **35**.-
Seelachs im Anschnitt Pfd. **15**.-
Cablau im Anschnitt Pfd. **20**.-
Seelachsfilet Pfd. **25**.-
Andere Sorten billigst
Täglich frisch aus dem Rauch-
Hochfeine
Fettbücklinge 1/2 Pfd. **23**.-
Seelachs 1/2 Pfd. **20**.-
Neue fettriefende Matjes
Stück 9, 12 u. 15

**Unterstützt das
Handwerk!**

Mauerarbeiten prompt und billig J. K. MARTEN Baugeschäft Fesensfeld 13 - Ruf: Hansa 419 60	Malerarbeiten billig Pg. EICHHOLZ Oderstraße 95
Masanzüge Reparaturen billigst Pg. Rudolf Steinke Goethestraße 28 / Hansa 420 29	persönlich und schick nur nach Hilligs-Maschinen Anfertigung sämtlicher Schnitt- muster nach Maß. - Ausbildung in der Zuschneidekunst Wulfsstraße 18 - Domsh. 294 27
Auto-Reparatur jegl. Art Auto-Bereifung Reelle Bedienung WILH. ELSASSER V. d. Steinstr. 34	Schuhreparaturen und Neuanfertigung liefert Ihnen allerbilligst Peter Bötze, Vegesackerstr. 52 Auf diesen Inserat 10% Rabatt
Schuhreparaturen sowie Neuanfertigung preiswert und gut Heinr. Hageleit Schuhmachermeister Kl. Hundestraße 7	Fertige Zeichnungen, Kostenan- schläge zu Um- und Neubauten, Bau- und Reparaturarbeiten Gutachten, Hausverwaltung, auch Grundstücksverkäufe. Gewissenhafte Bedienung: Pg. K. H. Menz Architekt und Bauunternehmer Friedrich-Wilhelm-Straße 6
Bauarbeiten, Neu-, Auf- und Umbauten, Reparaturen, billigst Zeichnungen u. Anschläge frei. J. Martens Maurermeister Bremerhavenstraße 82	Zentralheizungen aller Systeme liefert gut und preiswert. Kostenanschläge unverbindlich. Otto Barchan Woltmershausenstraße 148 a Roland 7947

Gemeinde Semelingen.
Bekanntmachung.
Die in der Sonderbefehle zum Regie-
rungsblatt St. 21-1932 veröffentlichte
Ankündigung der Grundsteuer für die
Gemeinde Semelingen betr. die
Durchführung der Nachprüfung und der
vollständigen Revision liegt im Rathaus,
Zimmer 6, zur Einsicht öffentlich aus.
Semelingen, den 28. Juni 1932.
Der Gemeindevorstand.

NORDSEE
Huttenstr. 16, T. Domsh. 2364-45
Kl. Allee, Ecke Weststr.
Steffensweg 120
V. d. Steinstr. 97, Ecke Berlinerstr.

Gerichtl. Bekanntmachungen
In dem Konkursverfahren über das
Vermögen
1. des Kaufmanns Wilhelm Carl
Philipp Bide in Bremen,
2. des Vereins für Gesundheitspflege
in Bremen
ist Termin zur Prüfung nachträglich an-
gemeldeter Forderungen auf
Dienstag, den 26. Juli 1932,
vormittags 9 Uhr,
im Gerichtshaus, 1. Obergeschoß, Zim-
mer Nr. 84, anberaumt.
25. 6. 1932.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Für Butter die richtige Quelle!
Molkerei-Butter
vom Besten das Beste
Pfund nur **1.20**
Pfifferlinge 2 Pfund **95**.-
Große Bohnen 65.-
weich wie Butter, mit Boh-
nenkraut gratis 2 Pfund
Ananas gezeugt in
Dosen, 8 dicke Scheiben
sowie alle anderen Konserven
z. T. zu und unter Fabrikpreisen
Das Haus ohne Vorgarten
EGGERS
Schönhausenstraße 32
Landwehrstraße 65, Weser 827 12

Sie gehen immer elegant, wenn Sie uns die
Pflege Ihrer Garderobe überlassen!
Anzug, Mantel oder Kostüm entstaubt, entfleckt,
gebügelt für nur Mk. 1.75
Kunststoffen, Chemischen Reinigen, Fäulen,
Reparaturen u. Änderungen, Lieferung frei Haus
Hanseatische Dampf-Bügelanstalt
und Reparatur-Werkstatt Karl Behre jr.
Hauptgeschäft: Hamburgerstraße 29b, Fernruf Hanse 426 99
Filiale: Nordstraße 75, Fernruf: Weser 934 70

SS.-Kapelle
spielt heute
Donnerstag
den 30. Juni, abends 8 Uhr
im
Borchhaus
am Hollersee
Eintritt 20 Pfennig

Mietgesuche
Bund deutscher Mädel
in der Hitler-Jugend
sucht größeres
Heimzimmer
Angebote unt. B. d. M. a. d. Geschäftsst.
Für ein größeres kaufmännisches
Unternehmen werden
6-8 Räume
für Bürozecke in lebhafter Geschäfts-
lage in Bremen zu mieten gesucht. Be-
dingung ist, daß wenigstens 2 Räume
im Erdgeschoß liegen, während die
anderen Räume sich auf die erste und
zweite Etage verteilen.
Angebote unter **Qu 507** beim Verlag

Zu verkaufen
Paddelboot
fast neu, ganz billig
An der Munte
Erich Langer
Bootspark Munte-See
Stellenangebot
Gegen 35 RM.
Wochenlohn
werden für den Be-
zirk Bremen ehrliche
Leute gesucht.
Kurze Probezeit.
R. Heilmann
Leipzig 6 I, 0905
Markthallenstr. 16
Junges kräftiges
Mädchen
für Küche u. Haus
gesucht.
Horn
Herzogenkamp 15
Verschiedenes
Echt eichene
Büfets
von 115.- RM an
Ausziehtische,
Stühle billig
B. Schmidt
Altenweg 4
Nähe Brill
Pg. sucht große
leere Kisten oder
Schall für Landb.
Ang. u. N 504 b. V.
Schneider meist.
übern. Anfertigung
v. Reparaturen v.
Herren u. Damen-
garderobe z. solid.
Preisen.
Goesselstraße 26 Kastanienstraße 8

Zu vermieten
Einzel- u. Doppelzim.
Verpfl., Bad, Telef.
Graf-Moltkestr. 3
1 od. 2 möbl. Zimmer
an Pg. p. sofort.
Bilsestraße 20
Preiswerte
4-5 Zim.-Wohnung
an ruhige Mieter
für sofort oder
später abzugeben
Ang. u. O 505 b. V.
Zimmer
mit voller Pension
von 60 RM an
Pg. Frau A. Weber
Kandammshauskamp 3
Frdl. möbl. Zimmer
Goesselstraße 26

Am Sonntag in der Vahr!
6 Motorrad-Rennen
2 Auto-Rennen
Am Start 50 erstklassige Fahrer! Spannende Kämpfe!

Aus Bremen Stadt und Staat

Morgen abend spricht:

Studentkowski M. d. L.
im Kaffee Flora

Eg. Studentkowski-Leipzig ist einer der inneren und erfolgreichsten Vorkämpfer des Nationalsozialismus. Er hat besonders in Sachen in vorderster Front die Idee des Kampfes unter der Industriearbeiterschaft verkündet, unbefriedigt mit Terror und Verleumdung. Sein Verdienst ist es, mit, daß Sachen zur Hochburg der NSDAP geworden ist. Nicht ohnehin haben gerade in Sachen, wie amtlich festgestellt worden ist, bei der zweiten Reichspräsidentenwahl deutsche Arbeiter der Faust, die im ersten Wahlgang noch Zählmann wählten, für Adolf Hitler klar und überzeugend ihre Stimme gegeben!

Morgen wird er im Bremer Westen zum Thema: **Die Papen-Regierung eine Nazi-Regierung? Der Verrat an deutschen Arbeiter!** sprechen. Frei und überzeugend hat Studentkowski in zahlreichen Städten des Reiches als Pionier der Freiheit mit der Aufklärung und zugleich mit Abwehr gegenwärtiger Angriffe die Grundpfeiler für den Auf- und Ausbau der ersten nationalsozialistischen Ortsgruppen errichten helfen. Wir wissen es energisch von uns, als „Probotatour“ zu gelten, wenn wir die Verammlung nach Kaffee Flora einberufen haben, wie es die „Arbeiter-Zeitung“ uns zu unterstellen versucht. Das Recht zu Veranlassungen haben wir gerade dort, weil wir Aufklärungsarbeit leisten wollen in dem Stadtteil, in dem die schwache Arbeiter-Schicht wohnt. Für sie wollen wir kämpfen und begründen einen Leben, der heute auch noch nicht mit uns einig geht und wenn er unser Gegner ist, zum ethischen Austausch der politischen Überzeugung.

Die Bremer Arbeiter-Schicht steht in den verschiedenen politischen Lagern, der SPD, NSDAP, und KPD, die wünscht eine Aufklärung über das Wesen der stärksten deutschen Partei und Freiheitsbewegung.

So lautet für morgen abend die Parole:
Volksgenossen, auf nach Kaffee Flora!

Ab 4. Juli Schlagfeuer in Bremen.

Wie wir von zuverlässiger Seite hören, hat sich der Senat entschlossen, die Schlagfeuer für das fremde Gebiet durch Notverordnung einzulösen.

Durch den Rückgang der Einnahmen, insbeson-

Die Wahrheit an den Plakatsäulen

Die „Bremer Volkszeitung“ muß doppelt lügen!

Das war voraussehen: Unsere sachliche und klare Veranlassungsanbahnung hat in der maßgebenden Presse die größte Verwirrung angerichtet, besonders aber in der „Bremer Volkszeitung“, die sich in ihrer Dienstag-Ausgabe vom 28. Juni in Lügen und Entstellungen überhöht und sich selbst Lügen krast.

Hier der erste Beweis: Wir haben in großen roten Plakaten an den Anschlagssäulen folgendes öffentlich bekanntgegeben:

Die „Bremer Volkszeitung“ schrieb am 21. Juni: Die Papen-Notverordnung ist notwendig, sonst kommt die Katastrophe.

Unsere Erklärung mußte bei der SPD, wie ein Blick einschlagen. Hier hatten wir sie bei ihren eigenen Worten gepakt. Daß wir aber ihr Eingekündnis öffentlich plakatieren würden, hätte sie sich nicht träumen lassen. Sie verlor ihr Einkundnis in der Dienstag-Ausgabe vom 28. Juni unter der Spitzmarke: **Plakatschwindel der Nazis**, „als rein taktische Dinge“ hinzustellen. Doch wir lassen nicht locker und halten sie beim Wort: Wir lassen wörtlich die Auslassungen der Volkszeitung und jeder kann sie nachlesen, vom 21. Juni unter ihrer Spitzmarke: **Kommunistischer Aufruf**, folgen. Die Forderung der KPD, zu gemeinsamer antinationalistischer Einheitsfront und als Bedingung dafür die Nichtdurchführung der faschistischen Notverordnungen kommentiert sie klein als Sternnotiz:

„Die Nazis wissen ganz genau, daß ihre Forderung der Nichtdurchführung der Papen-Notverordnungen zur Katastrophe führen muß. Sie wissen ganz genau, daß diese Forderungen unerfüllbar sind und nichts anderes als blühigen Aufruf darstellen.“

Der Schluß für jeden normal denkenden Menschen ist klipp und klar: Die Papen-Notverordnung ist nach der „Bremer Volkszeitung“ notwendig, sonst kommt die Katastrophe. Kein Wunder, daß sich die SPD, selbst Lügen krast, da sie ja die Notverordnungen durch 13jährige

Zustimmung zur Erfüllungspolitik gutgeheißen hat. Also muß sie sich ungewollt zu ihrer Echtheit, also der Notverordnung Papens bekennen. So plump konnte nur die Volkszeitung lügen.

Die 2. Lüge der Volkszeitung
„Beamtenfeindlichkeit der Nazis“

In gleicher Ausgabe vom 28. Juni lag die Volkszeitung weiterhin dreißig unter der Schlagzeile: „Die Beamtenfeindlichkeit der Nazis. Ein zehntausendiges Gespräch mit einem Bremer Hiltz-Funktionär.“ Sie läßt ihren Schrieb als Alibi-Gewand von Wochenmärkten erzählen und gibt an, daß der Gemeindevorstand, Rahnke, Osterstraße, Vorstandsmitglied der NSDAP, sei. Das ist eine glatte Lüge! Ferner soll nach der Volkszeitung Rahnke u. a. gekündigt haben: „Wenn wir an der Nacht sind, dann wissen wir, was wir zu tun haben, dann werden die Beamten abgebaut.“

Das ist die zweite glatte Lüge. Wir sind in Braunschweig und Oldenburg zur Nacht gekommen und haben abgebaut das verborgene Parteibuchbeamtentum und die Ministergehälter, wie letzten in Oldenburg, wo Nationalsozialisten an der Regierung sind. Das nimmt uns kein deutscher Berufsbeamter und gewiß kein Arbeiter ab. Wenn wir nicht den rechten Weg gingen, so würde uns kein Beamter in diesen Ländern wiederwählen. Im Gegenteil: Gerade dort tritt der aufrechte deutsche Berufsbeamte und der ist heute glücklicherweise immer noch in der Mehrheit, in unsere Front ein und kämpft mit uns für einen sauberen Staat, nachdem die SPD, mit ihrer Erfüllungspolitik und Verschwendungspolitik reiflos abgewirtschaftet hat!

Recht! So etwas ist zu dumm und zieht heute nicht mehr. Zwei dicke fette Lügen an einem Tage in der Volkszeitung dürfen auch dem bescheidensten Leser, soweit er selbständig denken kann, die Augen geöffnet haben. —in.

ders aus den Überweisungsstellen des Reiches, hat sich trotz scharfer Einschränkung aller Ausgaben die Finanzlage immer ernster gestaltet. Aus diesem Grund hat sich der Senat gezwungen

gesehen, die sehr erheblichen Bedenken gegen die Einführung der Schlagfeuer zurückstellen, und diese Steuer mit Wirkung vom 4. Juli 1932 an einzuführen, um die Erfüllung seiner Pflichten

insbesondere aus den ständig sich steigenden Zinsen jorgehen nach Möglichkeit sicherzustellen.

Der 100.000. Passagier

Der Schnelldampfer „Europa“ des Norddeutschen Lloyd Bremen, der am 1. Juli Newport verläßt und am 7. Juli in Bremerhaven eintreffen wird, befördert auf dieser Reise keinen 100.000. Passagier über den Atlantischen Ozean.

Bremer!

Der Bezirksführer des Jungvolkes Bremen hat das Wort.

Deutsche, Bremer! Seid ihr Euch bewußt, was es heißt, eine Jugendbewegung zu beizugehen auf die ihr bauen könnt? Am Sonnabend, den 2. Juli, veranstaltet das Deutsche Jungvolk der NSDAP einen Werbe- und Unterhaltungabend und lädt euch hiermit ein! Eltern seid Euch unter Leben und Treiben an! Kommt und schaut, was das Jungvolk will. Alle seid ihr eingeladen, besonders ihr Jungen, die ihr noch nicht zu uns gehört.

Heute: Sprechabend im Diktir Stephani um 8.30 Uhr im „Unisicherhaus“, Großenstraße. Pp. Dr. v. Hoff: „Rassengrößen“.

NS-Frauenarbeit!

Am Sonntag, 3. Juli, findet ein Ausflug nach Schierlohe Sommergarten, Habenhausen, statt. Treffpunkt 3.30 Uhr bei Schierlohe, Kaffeeausflug gefastet.

NS-Frauenarbeit, Sektion Osten!

Jeden Freitag, abends 8.30 Uhr, findet der Abend in der Geschäftsstelle statt. Erscheinen aller Pflicht!

Kostenlose Zahnbehandlung.

Parteilosen, die nicht in der Lage sind eine Zahnbehandlung vornehmen zu lassen, da sie weder der Krankenkasse noch sonst einer Unterhaltungs-gemeinschaft angehören, erhalten durch Vermittlung der Geschäftsstelle Aufschreiben der NS-Deutschen, die eine kostenlose Zahnbehandlung vornehmen. Nachweis erfolgt gegen Vorzeigen des Parteiausweises. Die Ortsgruppenleitung.

Wer ist der Eigentümer des Hauses? Von der Polizei wurde ein 48-jähriger Arbeiter ermittelt, der ein Fahrrad entwendet hat. Er will das Rad in der Woche vor Pfingsten bei 3. vor einer Wirtschaft an der Vogenstraße weggeworfen haben. Beschreibung: Tourenrad, Marke Sieger, Nr. 353 405. Der unbekannte Eigentümer mag sich bald bei der Kriminalpolizei im Zeitungslokal, Zimmer 408, melden.

9 Monate Festung wegen Hochverrats

Ehemaliger Schriftleiter der „Bremer Arbeiter-Zeitung“ vom Reichsgericht verurteilt

Wie uns aus Leipzig gemeldet wird, hat der 4. Senat des Reichsgerichts am Dienstag unter dem Vorsitz von Senatspräsident Dr. Binger den früheren Schriftleiter der „Bremer Arbeiterzeitung“, Hermann Wanschura, wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Latzheim mit Vergehen nach § 4 Abs. 1 des Reichsfluchtgesetzes (Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung) zu neun Monaten Festung verurteilt. Der Angeklagte hat als verantwortlicher Schriftleiter die Veröffentlichung von fünf Artikeln zu verantworten, deren Inhalt als hochverräterisch angesehen wurde.

Rundfunk

Donnerstag, 30. Juni, 16. Jugend auf See, 16.30 Nachmittagskonzert, 17.30 Vortrag, 17.55 Die Tierärztliche Hochschule in Hannover, 18.30 Vortrag, 18.55 Frankfurter Abendbrot, 19.15 Ullrich-Dienst, 19.15 Wetterbericht, 19.20 Entspannungskonzert, 20. Die Kreuzschreiber, 21.50 Schiffsrichtungsbericht, 22.10 Deutsche Tanzmusik.

Freitag, 1. Juli, 5.45 Wetterbericht, 6. Morgen-gymnastik, 6.15 Wetterbericht, 6.20 Morgengymnastik, 7. Zeitangabe, 7.10 Brunnentanz in Bad Nenndorf, 8.15 Hausfrauenfunk, 8.30 Junferbung, 10.10 Schulfunk, 10.50 Nachrichtendienst, 11. Schulfunk, 11.30 Mittagskonzert, 12. Zeitangabe, 13. Vortragsfunk, 13.10 Wetterbericht, 13.15 Schallplattenkonzert, 14. Nachrichtendienst, 14.10 Die Mal-länder Scala, 15. Vortragsfunk, 15.40 Schiffsrichtungsbericht.

Verantwortlicher: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans-Joachim von Eickard, für den Anzeigenenteil: Dr. Böhm, händisch in Bremen. — Verlag: Bremer National-sozialistische Zeitung. — Für unerwartet eingekommene Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Rotationsdruck: Walter-Druckerei Bremen.

So arbeitet Karstadt:

Bremer Musiker müssen stempeln!

Erfrischungsraum mit Kaffeekonzert

Es liegt in der Art jüdischer Warenhäuser, ein Gebiet des wirtschaftlichen Lebens nach dem anderen in sich aufzulösen.

Am 26. Oktober wurde der Firma Karstadt A.-G. vergleichsweise gestattet, in ihrem Betriebs-Erfrischungsraum zu unterhalten. Es war ganz genau festgelegt, daß kein Alkohol ausgegeben werden durfte und daß an der Außenfront des Gebäudes keine Kellame gemacht werden durfte.

Nachdem man an, daß der Erfrischungsraum nun wirklich nur eine Erfrischungsstätte für die Besucher des Warenhauses sein würde, dann hatte man sich geriert.

Musikanten, wie Schachmeister, die sonst in den großen Kaffees spielen, wurden engagiert, es wurde also ein richtiger Kaffeehausbetrieb eingerichtet, obwohl für den Erfrischungsraum keine Kellame gemacht werden sollte. Es erschienen Anzeigen in den Tageszeitungen. Die „Bremer Nachrichten“ brachten sogar das Bild einer Kapelle mit der Unterschrift: „Die von dann bis dann bei Karstadt gastiert.“

An einer Zeit, wo unsere Wirtschaftsbetriebe schwer kämpfen müssen, um die hohen Steuern aufzubringen, nimmt sich dieses jüdische Großunternehmen das Recht, in seinen Räumen ein als Erfrischungsraum, „massiertes“ Konzert-Kaffee zu unterhalten.

Das Verbot der Polizei

Mit sofortiger Wirkung wurden mimische Darbietungen unteragt. Also, Stimmungsfängerei und sonstiges Musik-„Theater“, das Jazzkapellen bieten. Ende des Monats Juni wurde durch den Befehl der Polizei auf der Musikbetrieb verboten. Ob nur diese Kapelle gemeint war oder auch die kommenden, ist im Befehl nicht klar ausgesprochen.

Auf den Returs der Firma hin wurde vor dem Verwaltungsgericht verhandelt. Es wurde beantragt, die Besucher des Erfrischungsraumes seien Käufer. Die Mahnung an das Verwaltungsgericht, sich nicht von „politischen“ Erwägungen leiten zu lassen — bekanntlich hat die NS-Fraktion in der Bürger-Schaft eine Anfrage wegen des Musikbetriebes bei Karstadt gestellt —, hätte man sich sparen können, denn der Firma ist durch das Verwaltungsgericht schon viel zu viel bewilligt. (Siehe den von der Polizei nicht genehmigten großen Erfrischungsraum, der beim Verbot-Ver. durchgebrochen wurde.)

Der Wirteverein protestiert

So hat der Wirtverein von 1877 eine Eingabe gemacht. Seine Mitglieder, die zum Teil Kaffeehäuser mit Musikbetrieb unterhalten, haben sich durch Augenschein überzeugt, daß Gäste, die sonst bei ihnen jahrelang verkehrten, nach Karstadt übergezogen sind. Beweissträger kann nicht widerlegt werden, daß die Besucher des Erfrischungsraumes Käufer sind. Früher hatte die Firma sogar mit anderen Kaffees eine Kapelle gemeinsam. Dieser Fendelbetrieb ist nunmehr unteragt. Jetzt engagiert die Firma die gewöhnlich nicht billigen Kapellen für sich allein. Die recht jüdische Kalkulation dürfte die sein, durch billige Erfrischungen bei teurer Musik Käufer heranzuziehen. Müßten doch die Besucher des Erfrischungsraumes das ganze Warenhaus passieren.

Heg-Rat Dr. Wedemeyer wandte sich gegen die Darlegungen des Vertreters der Firma. Er machte auf aufmerksam, daß der Einwand, in anderen Warenhäusern sei auch Musik, hinfällig sei. Einmal sei das ein anderer Betrieb, dann sei die Erlaubnis vor Inkrafttreten des Schallplattengesetzes erteilt worden. Der Charakter des Erfrischungsraumes ginge bei der „Mal-länder“ Musik verloren. Wenn die Firma einwerde, daß für die kommenden drei Monate schon Kapellen von auswärtig engagiert seien, die bezahlt werden müßten, so sei darauf zu erwidern, daß es bei der großen Zahl von arbeitslosen Musikern bedauerlich sei, daß auswärtige Musiker verpflichtet

würden.

Einem Vergleich wollte Dr. Wedemeyer nicht zustimmen. Die Verhandlung wurde wieder vertagt, weil das Gericht Einsicht in die Konzessions-Verhandlungen der Erfrischungs-räume anderer Städte, nehmen will.

Das „Klinkerhaus“ in Karstadt's Fängen

Gleichzeitig verhandelt wurde in Sachen der Konzessionsverhandlung des Klinkerhauses, das schon zwei Inhaber nicht halten konnten. Eigentümer des Hauses ist die Firma Karstadt. Sie beantragt die Konzession für einen Angestellten, der kein Fachmann ist. Die Bedürfnisfrage wurde schon beim Antrag eines anderen Wirtes verneint. Dieser ließ die Sache auf sich beruhen. Nach dem Gaststättengesetz darf, ist einmal die Bedürfnisfrage verneint, innerhalb von 3 Jahren ein Konzessionsantrag nur dann bewilligt werden, wenn sich die Verhältnisse geändert haben. Daß dies hier der Fall sein soll, ist nicht klar. Im Gegenteil, für einen Gasthausbetrieb in der Altstadt ist immer weniger Bedürfnis vorhanden. Es geht der Firma Karstadt auch nicht darum, die Konzession für das Klinkerhaus zu haben, um das Haus später zu verpachten, dann hätte ja der erst. Pächter, wie das sonst auch gemacht wird, von sich aus Antrag auf Konzessionsverhandlung stellen können. Der Firma Karstadt geht es um die Vollkonzession für ihre Betriebe.

Das könnte eine schöne Attraktion werden, das Bier- und Speisehaus der Firma Karstadt, alles billig, besondere Spezialität Schallplatten mit der berühmten Musik aus den Fabriken, deren „Geheimnisse“ für sich aus Licht geholt wurden. Wenn dann die Bauern mit Omnibussen zur Stadt geholt werden, dann können sie dort beim Einkauf von M. 10.— aufwärts umsonst versorgt werden. (Guten Appetit!)

Auch diese Sache wurde vertagt. Die Kleinhandelskammer und der Fremdenverkehrsverein sollen sich über die Bedürfnisfrage äußern.

Unangebrachte Sentimentalität

Das Auswärtige Amt in Berlin verbreitete am 24. Juni die Nachricht: „Am heutigen schmerzhaften Todestag von Walter Rathenau gedachte der stellvertretende Leiter des Auswärtigen Amtes, Dr. Köpfe, in der Morgenbesprechung der Direktoren und Beamten des Reichsaussenministeriums. Anschließend legte Ministerialdirektor Köpfe am Grabe Rathenaus einen Kranz des Auswärtigen Amtes nieder. Zugleich richtete der Reichsaussenminister Freiherr von Neurath von Lausanne aus ein Telegramm an die Schwester Rathenaus.“

Diese sentimentale Geschäftigkeit des Auswärtigen Amtes nimmt nachteilig, besonders da ihr Anlaß ganz gewiß nicht dazu angetan ist, im Volke heute noch Widerhall zu finden. Wir halten es für völlig unangebracht, daß von antisemitischen parteipolitischen Verberlebung eines Mannes fortgesetzt wird, dessen amtliches Wirken für die außenpolitische Führung des Reiches zu ambivalent geworden ist. Wenn heute Deutschland unter dem Druke der Reparationslasten zu ergötzen droht, wenn seine Vertreter in Genf und Lausanne sich bei den Verhandlungen immer wieder in die Fesseln unauflöslicher Verträge verwickeln sehen, so ist es gerade Rathenau gewesen, der die deutsche Außenpolitik in diese Fesseln gedrängt hat, wodurch dem deutschen Volke so unglückliches Glück bereitet worden ist. Es ist darum auch nicht zu erwarten, daß die arbeitlosen, hungernden, verelenden deutschen Menschen der Gegenwart angesetzt diesem Außenminister ein „wärmes Gedächtnis“ bewahren sollten. Rathenau ist es ja doch gewesen, der in seiner Amtszeit als Reichsaussenminister am 2. Juni 1921 im Reichstage tödlich sagte:

„Ich halte die Bedingungen nur für ausführbar, wenn wir entschlossen sind, uns in tiefe Not zu begeben. ... Ob man erfüllen kann, hängt von dem Maß der Not ab, in die man sich begibt. Es gibt keine absolute Unerschöpflichkeit, es handelt sich lediglich darum, wie tief man in die Not in Not geraten lassen darf.“

Also sprach Rathenau. Der Zustand der Not, den er als Reichsaussenminister dem deutschen Volke antändigte, ist heute furchtbare Wirklichkeit geworden. Sein jespiger Nachfolger — wir glauben es wenigstens — bemüht sich darum, dem Fortbestehen dieser Not zu wehren. Das heißt aber im Grunde genommen doch nichts anderes, als daß es darum geht, die Schuldenlast aufzuräumen, welche die bisherige Föhrung der Rathenauischen Außenpolitik in Deutschland geschaffen hat.

Zweifeln dennach das Auswärtige Amt besondere Ursache hatte, dem Gedächtnis Rathenaus warme Worte zu widmen, das bleibt wohl das Geheimnis der Antisemitik, die ansehend jegliche Beziehung zum lebendigen Fühlen des erwachenden Deutschland verloren hat. Nach dem 31. Juli wird auch mit ihr aufzuräumen sein, damit solche Ungerechtigkeiten künftig

Militärische Jugenderziehung und Wehrsystem

Ein Vergleich zwischen England und Deutschland

Ein Londoner Freund unseres Blattes stellt uns folgende Fragen zur Verfügung, die ficherlich Allgemein-Interesse finden werden.

Das englische Wehrsystem ist die allgemeine Wehrpflicht; es ist auch das ficherste zugleich. Bei zwei- bis dreijähriger Dienstzeit konnte man früher auf eine besondere militärische Jugendvorbereitung verzichten, da der junge Mann vom 18. bis 20. Lebensjahr allgemein Soldat wurde. Allgemeine Wehrpflicht etwa mit einjähriger Dienstzeit wird auf Jugendvorbereitung zurückgreifen müssen, weil man andernfalls das Penjam in einem Jahre nicht schafft.

Die Staaten ohne allgemeine Wehrpflicht müssen die Jugend auf dem Wege des Zwanges durch Gesetz oder auf dem Wege der Freiwilligkeit durch Bieten irgendwelcher Vorteile zu erfassen versuchen. England macht beides, es hat in den Kronländern den gesetzlichen Zwang vom 14. bis 18. Lebensjahr und im Mittelland die verbriefte Freiwilligkeit; es stellt sich damit sehr ungünstig auf die Psychologie des Volkes ein.

Der englische Grundlag hat sich im Krieg voll bewährt. Hätte es nicht eine militärisch wohl vorbereitete Jugend gehabt, wäre ihm eifens niemals die Erfüllung seiner kleinen Arme im ersten Teil des Krieges und der Leberung zur allgemeinen Wehrpflicht aus der Kriegsanforderung im zweiten Teil gelangt. Man vergleicht das deutsche Wehrsystem mit dem englischen. Ein deutscher Krieger kommt aber nur sehr befristet. Die äußere Form, die Kennzeichnung eines Heeres aus langgeübten Freiwilligen, das alles finden wir in Deutschland wie in England. Von sogenannten verbotenen Waffen soll hier auch nicht die Rede sein, sondern vom Kauf und von der Frage des Erfolges im Ergänzungssatz.

Vom englischen Wehrsystem hat man uns nämlich das Beste und Grundbedeutende überliefert: 1. den eingetragenen vorbereiteten Erfolg und 2. die Ergänzungsmöglichkeit durch jederzeit greifbaren und vollwertigen Unterführer-Erfolg. Damit wird das deutsche Zwangswehrsystem zum schlechtesten, wirkungslosen und teuersten in der ganzen Welt. Es gibt keinen Staat, der so

chen unwirtschaftlichen und unvollkommenen Anstalt nachmachen darf.

Das englische Wehrsystem wird für englische Zwecke erst dadurch brauchbar, daß man laufend etwa einer knappen Million männlicher Jugend die erste militärische Ausbildung vermittelt, und zwar durch Lehrpersonal der Arme und der Luftstreitkräfte. Erfahrungsgemäß bleibt etwa ein Viertel in der sehr streng gehandhabten Führeranseife mit Erfolg hängen, d. h. 20 v. H. erreichen die Unteroffiziers-Qualifikation, 5 v. H. werden Reserveoffiziere; in hohen Zahlen ausgebildet, etwa 200 000 Unteroffiziere und Mannschaften mit Verbesserungsmöglichkeit und etwa 30 000 Reserveoffiziere aller Dienstgrade stehen als jederzeit einjährig Reserve hinter der kleinen Freiwilligen-Arme, dazu die 75 v. H. vorgebildeten und grundföhrlich wehrtauglichen und wehrwilligen Männer, deren Begabung und Kenntnisse noch nicht zu irgendeiner Föhrstellung ausreichen.

Das ist eben die uns verborgene gute Seite des englischen Wehrsystems, das man bei uns in gewissen Kreisen als ausreißend, ja als dem deutschen Gleichgewicht rühmlich, weil man es nicht kennt und fähigt.

Unser Ziel ist eine allmähliche Wiederherstellung der allgemeinen Wehrpflicht. Aber die Form läßt sich noch reden. Als Lebergang ist aber wohl denkbar, das englische Muster der militärischen Jugendvorbereitung unter Anpassung an die etwas anders gearteten deutschen Verhältnisse anzuwenden, denn der Sprung vom erfolglosen Bundeswehr-Stand zum Mann-Wehr zur allgemeinen Wehrpflicht Schamlosigkeit der Föhrung ist zu groß. Heute schon sind vierzehn Jahrgänge militärischer Föhrung und Ordnung entwöhnt. Wir haben vierzehn Jahrgänge zur sogenannten Föhrer-Vorbereitung gezogen, die anderen, insbesondere England, erziehen ihre Jugend seit Jahrhunderten zur nationalen Landesverteidigung. Wir machen jetzt vierzehn Jahren aus der Jugend internationale Ansehensjungen, während bei den anderen der nationale Föhrergedanke allein Richtung gibt und Ziel ist.

Es wird höchste Zeit, daß bei uns ein erheblich anderer Wind zu wehen beginnt.

in deutschen Amtsstuben unterbleiben. Parteigrößen der Vergangenheit mögen der Vergangenheit anheimfallen; es geht jetzt um das deutsche Volk und seine Zukunft!

Die erweiterte Einheitsfront

Seit den gemeinsamen Verlusten der SPD und KPD sind die gegenseitigen Verhandlungen einer „Einheitsfront“ der „proletarischen“ Parteien, eifrig hin- und hergegangen. Nach außen haben sie bisher noch keinen sichtbaren Erfolg gehabt. Immerhin

hat die KPD in Preußen dem geschäftsföhrernden Ministerium das Leben gerettet und auch die SPD wird sich dafür bald erkenntlich zeigen müssen; Svering sorgt zum mindesten dafür, daß keine „politischen Kinder“ nicht die Gefahr eines Reichstommisars droht, der mit dem roten Spuk in kurzer Zeit aufzäumen würde. Nun haben die Drahtzieher der marxistischen „Einheitsfront“ festgestellt und errechnet, daß SPD und KPD zusammen gar nicht mehr ausreichen, um die Verbreiter vor der Wiedereinnahme zu schützen. Also muß oder soll auch noch das Zentrum herhalten, das ja be-

reits in Preußen von den Bolschewistischen Verbediensten Gebrauch gemacht hat. Diese Verhandlungen zum Zwecke einer Einigung SPD bis Zentrum dürften allerdings streng geheim gehalten und hinter den Kulissen verhandelt werden. Ein Blatt der Republikanismen Arbeitsgemeinschaft, das von roten Schwarzern oder schwarzen Roten herausgegeben wird, die „Deutsche Republik“, plaudert da etwas aus der Schule. Man gibt da zunächst offen zu, daß die „reaktionäre bayrische Fronte“ dem Marxismus sehr willkommen sei, ja, daß dieser gerade zu ein „vitales Interesse“ an ihrem Bestande habe. Von hier aus, so jagt man, sei es nur noch ein kurzer Sprung zu einer Einheitsfront mit dem Zentrum, das ein Interesse daran habe, die außerparlamentarische Machtposition des Marxismus, auch der KPD, zu erhalten und zu stärken. Aber die „heilighen Gefühle“ müßte man sich hinwegnehmen, um nicht von der nationalsozialistischen Linie begraben zu werden.

Die marxistischen Tempelwächter haben hier aus der Schule gelehrt und der Öffentlichkeit vom Plänen Kenntnis gegeben, die äußerst lehrreich und bezeichnend sind. Der deutsche Katholik, der ehemalige Zentrumswähler, mag daraus seine Konsequenz ziehen, ob er weiter Seite an Seite mit den Organisatoren der Gottlosenbewegung gegen das erwachende Deutschland kämpfen will!

Ein Schanddokument

Ausgerechnet mit dem Datum des 28. 6., dem dreizehnten Jahrestage der Unterzeichnung des Schmachtparlaments von Versailles, erläßt der Parteivorstand der SPD einen seiner verlogenen Auftrufe, in dem die Brüder aufgefordert werden, zu wachen und für „Demokratie und Sozialismus“ — gemeint ist Sozialdemokratie! — zu kämpfen. Der Inhalt des Elaborates wollen wir nicht interessanter machen als er ist. Bezeichnend aber ist, daß in dem Auftrufe mit keinem Worte der Schmach Erwähnung getan ist, die sich am gleichen Tage jährte, die Schuld trägt an dem Elend, der Verfallung des deutschen Volkes, deren Ausföhrung die Unterdrückung eines Sozialdemokraten und eines Zentrumsministers trägt. Während das ganze deutsche Volk, gleichgültig welcher Partei, Standes oder Konfession, am 28. 6. 1932 die Faust in der Tasche ballte und stumm oder laut den Schmach leistete: Niemals werden wir dieses Schanddokument anerkennen! Während Millionen, die übermältigende Mehrheit des Volkes unter den Folgen zu verkommen drohen, bringt es die schuldige Partei fertig, am Jahrestage der Schmach das Volk über die wahren Ursachen der Not zu belügen und betrügen. Nur am 31. Juli betrogene Wähler für ihre Kandidaten einzufangen. Mit keiner einzigen Silbe ist in der gesamten marxistischen Presse des Tages gedacht, der die Unterdrückung dieses Systems befehligt hat. Statt dessen mag man es, der Öffentlichkeit ein Schanddokument voller Lügen und Verleumdungen vorzulegen!

Der Sohn der Surcht

ROMAN VON WILHELM MÖLLER-CRIVITZ

3. Fortsetzung

„Er hat fast die gleichen Augen wie Du, Rudi.“

„Na, hör mal, Dir fällt es aber wirklich nicht schwer, in die den Vater des Jungen zu fuchen.“ gab lachend der Teraat zurück. Er wandte sich an den Anfallstakt.

„Stehen in diesem Fall einer Adoption besondere Hinderungsgründe im Wege?“

Edith sah ängstlich gespannt auf den Arzt. Der vernichte jögernd.

„Dann ist ja alles in schönster Ordnung“, unterbrach Edith ihn überflüffig.

Dr. Grinowald nickte flüchtig. Leise sagte er zum Teraat:

„Können wir einmal in meinem Amtszimmer miteinander sprechen?“

Teraat Volkfagen sah auf Edith, die nur noch ein Auge für das Kind hatte. Er überlegte kurz, dann wandte er sich an sie.

„Warte einen Augenblick, Edith. Ich will eben mit Herrn Dr. Grinowald sprechen. Aber hole ich dich ab. Es wird nicht lange dauern.“

Edith hörte kaum. Sie nickte nur, ohne den Blick von ihrem Jungen zu wenden.

Als die Herren sich im Amtszimmer gegenüber saßen, war es dem Teraat eigen zu Mute. Der Anfallstakt sah unerschrocken auf, als müßte er nach Worten fuchen. Endlich sprach er, jögernd:

„Ich weiß nicht, Herr Kollege, ob Ihre Frau die rechte Wahl trifft. Gewiß, es ist ein liebes Kerlchen, ich auch gesund. Und doch — ich weiß nicht, ob ich Ihnen raten darf, dieses Kind zu adoptieren. Wir müssen über die Herkunft des Kindes zu wenig; genau genommen, nichts.“

Nur ein Gerücht.

Aber dieses Gerücht ist wenig geeignet, gerade Ihnen diesen Knaben zu wischen.“ Schneller sagte er hinzu: „Seine Mutter ist ein uns bekanntes Landmädchen, dem die Eltern früh gestorben sind. Sie hat das Kind in unserem Heim ge-

boren. Kurz nach der Entbindung erkrankte sie schwer. Aber langsam genas sie. Als wir sie schon entlassen wollten, las sie zufällig, wie eine Schwester beobachtet, in der Zeitung von der Hinrichtung des Raubmörders Schurff in Stettin.“

„Sie erinnern sich?“ — Nach den Aussagen der Stationschwester soll sie dann plötzlich verstorben sein und mit ihrem Kind immer nur die Zeugnisnotiz gesehen haben. Gegen Mitternacht fand man das Kind in der Stube, neben einem Stuhl, mit einem Stuhlbein. Sie ist dann nach wenigen Stunden gestorben. Wir legten der Schwester für diesen Fall ein besonderes Schmelgebot auf und stellten Nachforschungen über etwaige Zusammenhänge an. Aber irgend einen Anhalt für den von uns gefassten Verdacht fanden wir nicht. Eigenartig war es uns nur gewesen, daß das Mädchen trotz guter Zurecht nicht zu bewegen war, den Namen des Vaters anzugeben. Es war auch nicht zu ermitteln, mit wem sie Umgang gehabt haben konnte.“

„Sie glauben dennach, daß der Vater des Jungen mit dem Raubmörder Schurff identisch sein könnte?“ fragte lachend der Teraat.

„Nach dem eigenartigen Verhalten der Mutter wäre das nicht von der Hand zu weisen. Allerdings stehen dem auch wieder erste Bedenken gegenüber. Sie hat keinerlei Anmerkungen getan, aus denen wir schließen können, daß der Mörder auch wirklich der mögliche Vater war. Aber selbst hätte dieser Fall für uns doch bleiben. Die Dienstverrichtung bei der die Mutter früher in Stellung war, selbst bei als ein einfaches und gesundes Landkind, stets fleißig, froh und behelligen. Bis zum Zeitpunkt ihrer Einkieslung in unser Heim habe man auch keinerlei fiesliche Konfulte bei ihr wahrnehmen können. Und doch — die bestimmte Belagerung, den Namen des Erzeugers anzugeben! — Sie ist nach schwerer Krankheit auf dem Wege zur Besserung, da liegt die Zeugnisnotiz. — Köstlich, nicht wahr?“

Angehen einer schweren Nervenkranke, darauf Gerschmähe und Tod. Sagen Sie selbst, Herr Kollege, müßte dieses eigenartige Zusammenstreffen uns nicht zu diesen Annahmen föhren?“

„Das ist allerdings sehr wahr“, bestätigte der Teraat ernst. „Indessen kann die eben überhandene Krankheit nicht die Urteilskraft des Wahnsinnigen getrübt haben? Ja, kann sie nicht die Meinung zu Halluzinationen erst magdungen haben?“

„Gewiß, Herr Kollege, auch diese Annahmen haben ihre Berechtigung. Sie dürften für den Augenblick aber doch wohl nur mindere Bedeutung haben.“

Volkfagen biß sich auf die Unterlippe. Eine tiefe Falte auf der Stirn ließ erkennen, daß er angestrengt nach einem Ausweg suchte.

„Sie können recht haben! Um. Na, jedenfalls bin ich Ihnen für diese Mitteilungen sehr verbunden, Herr Doktor. Ich bin tatsächlich im Zweifel, ob ich die Wahl meiner Frau jetzt noch unterstellen kann.“

Er kann eine Weile. Nach der Art schwieg.

„Sagen Sie, liegen sich an dem Knaben irgendwelche Merkmale feststellen, die auf die von Ihnen vertretene Annahme fieslichen föhren?“

Dr. Grinowald lächelte fein.

„Solche Feststellungen zu machen ist einstweilen noch ganz ausgeschlossen. Vorläufig muß auch der Schadel ert die ihm charakteristische Form annehmen. Und ob sich auch dann etwas sagen läßt ...“

Er hob die Schultern.

„Natürlich, selbstverständlich“, erwiderte der Teraat. „Verzeihen Sie mir die naive Frage; ich bin nicht ganz bei der Sache, Sie verstehen.“

„Ich muß es mir reiflich überlegen, Herr Kollege. Ganz so pessimistisch wie unsere Wissenschaft über die Vererbungstheorie urteilt, kann ich nicht denken. Allerdings, der Fall ist nicht alltäglich. Um eines aber bitte ich noch: Ich möchte, daß meine Frau hierüber nichts erfährt. Sie ist sehr sensibel und, was ich am meisten fürchte, sie hat eine dumme Gergeschichte. Ich fürchte Komplikationen.“

„Selbstverständlich, Herr Volkfagen. Ihre Frau scheint den kleinen aber schon sehr ins Herz geschlossen zu haben. Sie werden es schwer haben, sie umzustimmen.“

„Ja, das fürchte ich auch. Aber versuchen werde ich, sie in ihrer Wahl worden zu machen.“

Während die Männer sich noch in Beratungen über die Herkunft des Kindes ergingen, hatte Edith ihr Herz schon an ihn verloren. Sie hielt ihn in ihren Armen und aus ihren Augen stahlte ein Mutterglück, wie nur die tiefste Sehnsucht es zuweilen kann.

Gleichzeitig sah Teraat Volkfagen das fiesliche Bild, wie Mutter und Kind schon so bald miteinander verdrängen waren.

Edith kam auf ihn zu.

„Ich muß mich in Ordnung? O, wie glücklich bin ich. Denke Dir, er hat den Namen Gerhard bekommen. Welch eine Vorbestimmung! Hasten wir nicht auch schon an diesen Namen gedacht?“

Sie kann kaum daran glauben, an dieses Glück. Duelle ich es nicht in meinen Armen, ich würde greifen und meinen, ich tötete.“

Volkfagen lächelte. Einen Augenblick lang vergah er den Verdacht des Arztes. Solche Begründung, solch wunderbaren Glanz hatte er in ihren Augen nie gesehen. Und während er sie beglückte, dachte, war es ihm, als säßen Funken von diesem heiligen Feuer auch auf ihn über.

Der Anfallstakt wandte sich um. Ihm dünkte es zu schwer, dieses reine, herzliche Mutterglück zu schützen. Und plötzlich war es ihm, als könne diesem überlachten, reinen Sinn der Mutter keine wissenschaftliche Theorie hindern, als müsse jedes graue Geshpen vor diesem vollen Leben fliehen.

Er trat auf Edith zu, reichte ihr die Hand und sagte still:

„Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen Glück, Frau Volkfagen. Sie werden diese schwere Lebensaufgabe schon erfüllen!“

Teraat Volkfagen sah übermält auf. In seinem Kopf wirbelten tausend Fragen, suchten tausend Antworten.

Dr. Grinowald lächelte.

„Die Formalitäten werde ich dieser Tage ordnen lassen, Herr Kollege“, sagte er. „Wenn Sie mich zwischenburch noch sprechen wollen, dürfen Sie jeden Nachmittag über mich verfügen.“

Geschickung folgt.

Von Dr. v. Renteln.

Die Belastung des Volkes und insbeson-
dere seiner wirtschaftlich schwächsten Teile gel-

stift entstanden wären

Großverdiener gefordert haben.

die | zudehnen. Die Geschäftsstellen in Effen
Bochum sind jetzt geschaffen worden.

chaft entſtanden waren

zu dehnen. Die Geschäftsstellen in Effen und Bochum sind jetzt geschaffen worden,

Bochum sind jetzt geschaffen worden,

Im vergangenen Jahre (26. August) ist auch der Notwendigkeit des Zusammenflusses aller Fernsprechteilnehmer der Reichsverband der Fernsprechteilnehmer Deutschlands" e. V. und seine Tochterorganisation, der Reichsverband der Benutzer von Privattelefonanlagen e. V., gegründet worden, der jetzt dabei ist, seine Organisation über das ganze Reich auszuweihen. Die Geschäftsstellen in Essen und Bochum sind jetzt geschaffen worden,

Deutschland und der neue Abrüstungsvorschlag der Vereinigten Staaten

Von Oberst a. D. Friedrich Gieseler

Der Abrüstungsvorschlag des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover, den der Delegierte der Vereinigten Staaten am 22. Juni, nachmittags, in der Generalkommission der sogenannten Genfer Abrüstungskommission zur Verlesung brachte, stellt wohl den einzigen gangbaren Weg aus dem Sumpf dar, in den die Konferenz durch die raffinierte französische Abrüstungs-Sabotage gelockt wurde und in dem sie seit acht Wochen hilflos steckte. Bei Verwertung des Vorschlags muß davon ausgegangen werden, daß auf der Konferenz nicht für alle Teilnehmer die gleichen rechtlichen Grundlagen gegeben sind. Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien sind im Verfolg der sogenannten Pariser Vorverträge von 1919 und 1920 abgerüstet, besitzen aber dafür den vertraglichen Rechtsanspruch, daß die übrigen Teilnehmer jener Verträge in der nämlichen Weise wie sie selbst abgerüstet. Daneben hat eine Anzahl Staaten, die am Kriege nicht beteiligt waren, durch Eintritt in den Völkerbund freiwillig die Verpflichtung übernommen, ihre Rüstungen in der nämlichen Weise zu vermindern. Schließlich befinden sich auf der Konferenz noch sieben Staaten, die weder Unterzeichner der Friedensverträge, noch Mitglieder des Völkerbundes sind und für die daher keinerlei vertragliche Verpflichtung zur Abrüstung besteht. Mit fünf kleineren Staaten gäßen hierzu die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die zur Abrüstung verpflichteten Staaten ihre Rüstungen nur soweit mindern können als die ungebundenen Staaten sich freiwillig zur Herabsetzung ihrer Rüstungen verstehen. Die Sowjetunion erklärte sich zum Beginn der Konferenz zu nachlässiger Abrüstung bereit. Zurückhaltender benahmen sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Ihre Delegierte Wilson sprach sich am 9. Februar im wesentlichen nur für Abschaffung der Unterseeboote aus, für Einschränkung der Kampfbomben und der schweren Artillerie, sowie für Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen Bombenangriffe. Mit der Erklärung des Staatspräsidenten Hoover vom 22. Juni ging Amerika in der Vereinfachung der Abrüstungsbedingungen bedeutend weiter. Es schlägt nunmehr vor: Vollständige Abschaffung (nicht bloß Einschränkung) der Kampfbomben und der beweglichen schweren Artillerie, desgleichen der Bombenflugzeuge; es verdrängt, den Rüstungen namentlich der kleineren Staaten Rechnung tragend, auf seine ursprüngliche Forderung nach Abschaffung der Unterseeboote, verlangt aber eine Verringerung ihrer Größe, sowie der Gesamttonnage an Unterseebooten. Die einem Staat erlaubte Höchsttonnage soll künftig nur 35 000 Tonnen betragen, während Frankreich heute rund 90 000 Tonnen Unterseeboote besitzt, die Vereinigten Staaten selbst, England und Japan sich im Londoner Seekonvention von 1930 je 52 000 Tonnen zugestanden haben. Des weiteren empfiehlt Amerika die Herabsetzung aller jener Streitkräfte auf ein Drittel, welche die einzelnen Staaten über das für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit nötige Maß hinaus halten.

Mit dieser Erklärung vom 22. Juni legt Amerika das Niveau fest, bis zu dem es in Abrüstungsmaßnahmen zu gehen bereit ist. So weit müssen aber auch die vertraglich zur Abrüstung verpflichteten Staaten auf Grund der Rechtslage unbedingt herabsteigen.

Fried möchte man hoffen, daß auch im deutschen Vaterlande die Vorstellung der Tat wieder der Schule macht. Dagegen fällt schon der damalige Reichswehrminister seit langem wenigstens einmal in nachdrücklicher Betonung seinen Zweifel darüber auf, daß wir im Falle eines polnischen Verfalls zur Vermeidung von Danks nicht müßig stehen werden, so teile jetzt das Wehrkreiskommando in Königsberg mit, daß die dauernde Bedrohung der vom Reich abgetrennten Provinz das Reichswehrministerium veranlaßt habe, ihre Verteidigungsmöglichkeit im Rahmen des durch das Versailles-Diktat Erlaubten zu verbessern. Dieser für Verfügung gestellte Mittel würden zur Verstärkung des sogenannten „Weißberger Dreiecks“ benutzt, um der Abwehr

für die bereits abgerüsteten Staaten Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien ergibt sich eine andere Folgerung. Nach Artikel 8 der Völkerbundsatzung steht diesen Staaten jenes Mindestmaß an Rüstungen zu, das mit der nationalen Sicherheit noch vereinbar ist. Angenommen, der amerikanische Abrüstungsvorschlag würde von allen Staaten durchgeführt, so bliebe das Verhältnis zwischen den Wehrkräften der abgerüsteten Staaten und denen der übrigen Staatenwelt doch weiterhin so ungleich, daß von nationaler Sicherheit der abgerüsteten Staaten nicht die Rede sein könnte. Nur ein Beispiel: Statt wie bisher 4,5 Millionen militärisch ausgebildete Franzosen hätten künftig in einem Kriege 3 Millionen ausgebildete Franzosen 100 000 ausgebildeten Deutschen gegenüber, eine Verletzung des Stärkeverhältnisses, die an der heutigen Lage so viel wie nichts ändern würde.

Der amerikanische Vorschlag bedingt also zwingend, daß Deutschland gleichlaufend mit den von Amerika vorgeschlagenen Abrüstungsmaßnahmen der anderen Staaten seine eigene Wehr entsprechend vergrößern muß. Es ist bedauerlich, daß der deutsche Delegierte Rodolff in seiner Stellungnahme am 22. Juni, nachmittags, zur Hooverischen Erklärung dies nicht eindeutig zum Ausdruck gebracht hat. Er begründete zwar den amerikanischen Schritt, gab aber gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, daß man „im Laufe der Verhandlungen zu nachträglichen Minderungen kommen werde“ eine Hoffnung, die als völlig utopisch bezeichnet werden muß. Die Feststellung der deutschen Gleichberechtigung erschien dagegen in Rodolffs Rede nur mit den, diplomatisch wahrheitsgemäß, besonders geschickt erachteten Worten: „Je ausgiebiger die Abrüstungsmaßnahmen sein werden, desto leichter wird sich das Problem der Feststellung der Gleichberechtigung regeln, einer Gleichheit, deren Durchführung eine wesentliche Vorbedingung für den Erfolg der Konferenz darstellt.“ Daß die Konferenz eine tragfähige Kraft verleiht, als Herr Rodolff sie nur verabsäumen zu dürfen glaubte, zeigte der an der Stelle kaum mehr zu überbietende Verfall, den die geraden, offenen und ungeheuersten Worte des italienischen Außenministers Graciani fanden, der sich für Italien voll und ganz hinter die amerikanischen Vorschläge stellte.

Was die Frage deutscher Wehrverpflichtung betrifft, so hat die Erklärung Hoovers einer ent-

sprechenden Vertretung deutscher Ansprüche die Tür offen gelassen. Hoover legte dar, daß jeder Staat zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit eine gewisse Wehrstärke brauche, daneben noch besondere Kräfte zur Abwehr feindlicher Angriffe. Was nach dem Kriege Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien an Rüstungen befallen worden sei, entspreche dem Bedürfnis dieser Staaten hinsichtlich innerer Sicherheit. Die derzeitige deutsche Wehrstärke könne daher als Maßstab für die Feststellung genommen werden, was die einzelnen Staaten für den gleichen Zweck brauchten.

Mit diesen Worten Hoovers ist eindeutig festgelegt, daß nach amerikanischer Ansicht Deutschland heute keine nationale Sicherheit besitzt. Wenn Amerika davon abließ, für Deutschland die entsprechenden Streitkräfte zu fordern, kann dies keine Verwunderung erregen; denn Amerika ist zur Vertretung der amerikanischen Interessen berechtigt, nicht der deutschen. Daß Rodolff in Hinblick auf letzteres manches vernünftiger ließ, wurde bereits erwähnt.

Frankreich und seine Vasallen machten zur Erklärung des amerikanischen Staatspräsidenten lange Gesichter, im besonderen zeigte des polnischen Außenministers Zaleski sonst ewig lächelndes Antlitz einen Ernst, der deutlich genug verriet, wie der „amerikanische Donnererschlag“ — so nannten französische Zeitungen das Vorgehen Hoovers — den Abrüstungsgeheimern in die Glieder gefahren war.

Der französische Delegierte, Kriegsminister Paul Boncour, wußte der Erklärung Hoovers nichts anderes entgegenzusetzen als den bereits bis zum Überdruß aus französischem Munde benommenen Schrei nach „Sicherheit und internationalen Garantien“. Bekanntlich haben bereits England und Italien mit dem Vertrage von Locarno Frankreich die Sicherheit seiner Obergrenzen verbürgt. Doch das genügt Frankreich nicht. Es möchte unbedingt auch die amerikanische Garantie dafür haben. Vielleicht erbarmt sich Amerika noch des Angsehens; es wäre vom deutschen Standpunkt aus zu begrüßen. Ob aber dann Frankreich nicht auch eine Garantieleistung von Seite der Monarchen verlangen würde, ehe es seine eigene Abrüstung für möglich hielt?

Frankreichs getarnte Rüstungen

Von Heinz A. Peter, Bremen

Die Franzosen sind Meister der Tarnung. Sie verschleiern alles, was Rüstung darstellt oder mit Rüstung zusammenhängt. So auch die Wehrangelegenheiten in dem sie einen Teil ihrer Ausgaben in den Haushalten ihrer Zivilverwaltungsstellen unter recht harmlosen Namen einbringen lassen. In einigen zivilen Voranschlägen findet der aufmerksame Leser sogar unverhüllt genannte Verträge militärischen Charakters. Das beweist, daß Frankreich für Rüstungen jährlich bedeutend mehr ausgibt, als aus seinem jeweiligen Wehretat zu ersehen ist. Die Ausgaben des Wehrhaushalts sind schon ungeheuer hoch, betragen je doch im Jahre mehrere Milliarden Mark. Durch die mehr oder weniger verkappten Rüstungsausgaben im zivilen Etat steigen die Rüstungsausgaben ins Gigantische.

Das will Frankreich die Welt aber nicht wissen lassen, und darum wird es seine Wehrangelegenheiten zu verschleiern versuchen. Besonders beliebt bei den Franzosen ist offenbar die Verschleierung ihrer wirtlichen Luftkraft ausgaben. Daß sie ihrer Kriegsluftkraft für Jahr schon im Etat gewaltige Summen zubilligen, ist aller Welt bekannt. Daß sie aber außer den Haushaltsmitteln im Etat für Militärluftkraft noch weit mehr Gelder für militärische Flugwesen ausgeben, dürfte die Deutsches nicht ein wenig in Erstaunen setzen. Wie der stärkste getarnte Staat der Welt einem Teil seiner Militärluftkraftsausgaben einen zivilen Anstrich gibt, kann man aus folgendem ersehen: Jeder französische Flugzeugführer — ganz gleich

ob er Militär- oder Privatflieger ist — erhält beim Kauf eines eigenen Flugzeugs einen großen Teil des Kaufpreises vom Staat. Ferner zahlt ihm Frankreich für jede Übungsflugstunde einer erheblichen Zuschuß, mit anderen Worten: Den größten Teil der Betriebskosten bringt der Staat auf. Die Ziele einer derartigen Subventionspolitik sind deutlich erkennbar. Frankreich will vor allem seinen zahlreichen Reserve-Militärpiloten zu eigenen Maschinen verhelfen. Daß die staatliche Geldquelle von den französischen Fliegern reichlich in Anspruch genommen wird, ist zu verstehen. Warum auch nicht! Der Staat freut sich, seinen „Privat“-Fliegern den Kauf von Maschinen ermöglichen zu können. Der Käufer muß allerdings seine Wahl unter bestimmten, leistungsfähigen Flugzeugen mühen treffen. Flugzeuge, die für gewisse militärische Zwecke Anwendungsmöglichkeiten bieten, sind daher natürlich bevorzugt. So besitzt Frankreich außer seinen reichen aktiven Luftarmee noch ein freiwilliges Fliegertorps, dessen Unterhaltungsstellen natürlich unter „Landesflugzeugen“ verborgen werden!

Frankreichs Barock lautet: „Alles für die Wehrmacht!“ Das Aerobiumministerium muß beträchtliche Summen für „Flecke- und Kauschlan-fälle“ aufbringen. Diese sind für die Armee bestimmt. Ungezählte Geschütze und Munitionsmunition, der „grande nation“ müssen beibringen, zahlreich Gebirgsaufzüge auf schmalen Pfaden durch Felsenwelt getragen werden. Für die Beschaffung der zu diesen militärischen Zwecken benötigten Zug- und Tragtiere hat — wie gesagt — das Aerobiumministerium zu sorgen. Der Militärhaushalt unserer Nachbarn ist oft wieder einmal entlastet.

Eine weitere Entlastung für den Wehretat führt das französische Finanzministerium durch, indem es z. B. die Verpflegung von Heeresangehörigen übernimmt. Das Ministerium für öffentliche Gesundheitspflege zahlt die Mieten für die Offizierswohnungen. Es würde zu weit führen, hier alle militärischen Ausgaben der verschiedenen Zivilverwaltungsstellen zu nennen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die meisten französischen Ministerien beträchtliche Gelder für militärische Zwecke auszugeben haben. Trotz dieser „Ausgabenverteilung“ übersteigt der Wehretat Frankreich die Militärausgaben aller anderen Staaten noch in erheblichem Maße. Das ist ein harter Beweis dafür, daß Frankreich nicht nur Abrüstung denkt und eine Macht- und Unterdrückungspolitik weiterführen will.

Es ist befremdend, daß zu alledem noch führende Persönlichkeiten der französischen Politik von einer „besseren“ Einstellung Frankreichs sprechen. Daß gerade Dumesnil, der ehemalige französische Luftfahrtminister und Führer der größten Partei, die auf die bürgerliche Einstellung seines Landes betonte, dürfte besonders überraschen. Zu diesen vor vielen politischen, militärischen und industriellen Persönlichkeiten gehaltenen Ansprachen beschränkte Dumesnil ferner, daß die französischen Luftstreitkräfte zwar eine solide, gut ausgebildete Luftmacht darstellen, aber für Frankreich nicht zahlreich genug seien! Um allen Eventualitäten entgegenzutreten zu können, führte Dumesnil aus, müßten die aktiven Flugzeugführer Frankreichs bedeutend vermehrt werden. Derartige Gedanken äußerte Dumesnil, der ehemals Luftfahrtminister eines Landes, das innerhalb zehn Jahren nicht weniger als 13 Milliarden Franken für Luftfahrt ausgab! Die französischen Luftstreitkräfte zählte jetzt etwa 5 000 Flugzeuge, darunter 1 880 Dienst- und 1 200 staffelartige Reserve- bzw. Fabrikmaschinen. Sie ist bereits heute zahlenmäßig den vereinigten englischen und italienischen Luftstreitkräften gewachsen.

Der Herr befiehlt

Eine militärpolitische Studie von Carl Kahl

Im Anfang war die Tat und nicht das Wort. Diese unwiderlegliche Wahrheit ist insbesondere im Soldatenleben erkannt und beachtet worden und hat auch in der deutschen Wehrmachtentwicklung des vorigen Jahrhunderts im Wortspiel vom Wehrführer, der das vom Schwert Erreichte mit diplomatischen Klaffen oder Ungleichheiten wieder verdrückt, seinen Ausdruck gefunden. Ganz abgesehen von den einzelnen Geschäften, deren Verwaltung hier nicht zur Sache gehört, haben wir häufig die Betonung der Tat — die Ausrichtung der Intentionen der Tat — wieder von dem gelehrigen Volke der Kanonen erfahren, die sich aneinander mit allem Erfolge befähigten, was von den mühen Wälfen des alten Europas alles Brauchbare abzuhängen und — auf ihre Verhältnisse umgestellt — zu verwerten, andererseits aber alle Fehlschlüsse ihrer Wehrmeister zu vermeiden.

Fried möchte man hoffen, daß auch im deutschen Vaterlande die Vorstellung der Tat wieder der Schule macht. Dagegen fällt schon der damalige Reichswehrminister seit langem wenigstens einmal in nachdrücklicher Betonung seinen Zweifel darüber auf, daß wir im Falle eines polnischen Verfalls zur Vermeidung von Danks nicht müßig stehen werden, so teile jetzt das Wehrkreiskommando in Königsberg mit, daß die dauernde Bedrohung der vom Reich abgetrennten Provinz das Reichswehrministerium veranlaßt habe, ihre Verteidigungsmöglichkeit im Rahmen des durch das Versailles-Diktat Erlaubten zu verbessern. Dieser für Verfügung gestellte Mittel würden zur Verstärkung des sogenannten „Weißberger Dreiecks“ benutzt, um der Abwehr

traft der Provinz ein weiteres Rückgrat zu geben.“ Wir sehen freilich in den Worten „im Rahmen des Versailles-Diktats“ und „in dem Maße, daß die neuen Verfassungen keineswegs auf eine Verhinderung der Bedrohung der Provinz zurückzuführen seien oder hindern könnten“ eine vorsichtigerweise einseitige Kennzeichnung einer militärisch mehr als notwendigen Maßnahme, aber wir erleben seit Versailles wohl zum ersten Male die deutsche Befähigung einer Verhinderung unserer Verteidigungsmöglichkeiten, und das bedeutet immerhin etwas, das ersichtlich auf unser Volksempfinden wirken kann. Ist das Reichswehrministerium auch eine politische Einrichtung und keine Oberste Heeresleitung im Sinne der Kriegszeit, so hat es nach der heutigen Verfassung doch einen verfassungsmäßig fixierten militärischen Einspruch, zumal ein Oberster Kriegesherren mit dem vorliegenden Einspruch auf Krieg oder Frieden nicht mehr vorhanden ist und der für den heutigen Fall vorgezeichnete Reichspräsident auch als höchster Führer der Heeresmacht in eigenen Entscheidungen das Beschränkte unterliegt.

Namentlich der von den japanischen Führern eingenommene scharfe Standpunkt führt unwillkürlich zu Vergleichen mit Vorgängen zur Zeit des Weltkrieges, wo sich gewisse Gegenstände zwischen militärischer und Reichsleitung herausbildeten. Man hat — was nachträglich natürlich sehr leicht war — jener vorgeordnet, daß je zumeist den Versuch gemacht habe, sich mit Dingen zu befassen, deren Entscheidung nur der letzteren angefallen habe. Der Vorwurf war weniger gegen den Generalfeldmarschall von Hindenburg gerichtet,

der sich bewußt als nur Soldat hinstellte, als gegen den ersten Generalquartiermeister Ludendorff. Wenn man der Sache auf den Grund geht, so war dessen erster Versuch, von dem rein Militärischen auf das Innerpolitische überzugreifen, der Vorschlag zur allgemeinen Kriegs-Hilfsdienstpflicht. Diese wäre in Wahrheit eine Erlösung gewesen, die viele Ungerechtigkeiten des Krieges abgestellt und wirtlich der Selbsterhaltung der Wehrmacht unter den Frontsoldaten entgegengegriffen hätte. Der nach dem Unfug aus der Straßengasse auf die Unterabteilung der Einführung der Hilfsdienstpflicht hörte, kann sich leicht ein Bild von deren Bedeutung machen und davon, welches Unheil dadurch heraufbeschworen ist, daß die Regierung nicht mit aller Talfracht die Wehrmacht Ludendorffs unterstellte, der sich sonst nie mit gleichem Nachdruck für irgendeinen Verlust der Einwirkung auf zivile Verhältnisse eingesetzt hat, selbst dann nicht, als Munitionsmittelarbeiter und erste Wehrkreise auf der Flotte zu verzeichnen waren. Man vergleiche hiermit die freilich auch nur rein militärisch — dennoch über den Kopf der Regierung völlig hinweg — bewiesene Energie des französischen Generals Rivelle, als im Mai 1917 nicht weniger als sechzehn Armeekorps in offene Meuterei ausbrachen. Dieser General rettete durch sein rücksichtsloses Durchgreifen das französische Heer wie das französische Volk, wenn er selbst auch von der Bildfläche verschwinden mußte. Und „neun Monate beschränkte sich die französische Armee — noch immer hatte sie an Meutereien zu leiden — auf den Grabenkrieg“, wie Churchill sagt. Und „zur selben Zeit“, so schreibt Gsch. Zischgen in seinem „Paris oder Dorn“, „da die Franzosen als letztes, allerletztes Ausfluchtsmittel die eigenen Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere zu Hunderten niederschossen, zur gleichen Zeit, als Rivelle einen

unmenschlichen Abgang fand und der Leib der französischen Verteidigung in schwerem Fieber lag, eine Krise fondergleichen mitmachte, genau zur selben Zeit wußte der deutsche Parlamentarismus gegen den Welt-Krieg, sich besonders den Attanten Ergräbers zu. — Ueber diesem politischen Hintergrund überhörte man die Rumpfschreie aus Frankreich. Der Augenblick, da sechzehn französische Armeekorps meuterten oder vom Bajonett des Auftrages schwer infiziert waren, blieb unbemerkt, weil Deutschland mit einer Kanzenkrise voll beschäftigt war. . . . Der Atem des Reichstags hat eine der größten Chancen Deutschlands im Kriege zu Tage gebracht! Das war sicher kein Zeichen einer übermäßigen Einwirkung der Obersten Heeresleitung auf die Politik der Regierung und — des Parlamentes, obgleich hier ein willensstarkes Zusammenhängen unbedingt erforderlich gewesen wäre. Aber, von der Außenpolitik war die Aufmerksamkeit mit viel Zantam auf die Innenpolitik abgelenkt worden, und alle — einschließlich der Wehrführer — blieben auf die Kanzenkrise.

Deutsches Schicksal! In der Geschichte vieler Völker hat es Armeekorpsentloren gegeben, sie waren teils abhandelt, teils aufbewahrt. Dem Charakter des Soldaten muß es entsprechen, unter Umgehungen aller zivilen Entwicklung dort die Tat aber jegliches Verhängen zu stellen, wo es die Not des Vaterlandes gebietet, und selbstverständlich muß er dabei die Verantwortung voll und ganz auf alle Schultern übernehmen. Wir kennen auch in der deutschen Geschichte solche Augenblicke und brauchen hier nur an Nord zu erinnern. Möge dessen Einspruchsfrist zu gegebener Stunde wieder in irgendeinem deutschen Mann aufsteigen, dem der Wille zum Sieg v e r b ü r g t den Sieg. Nicht Kränkerei und diplomatische Verhandlungsfähigkeit bringen Erfolg; er wird dort errungen, wo — das Heer befiehlt.